

Recht IN OST UND WEST

Zeitschrift für Ostrecht und Rechtsvergleichung

Rückgabe oder Entschädigung in den osteuropäischen Staaten*

Vorwort
Tschechoslowakei
Ungarn
Polen
Slowenien
Kroatien
Rumänien
Rußland

Vorwort

Der Zusammenbruch der „sozialistischen“ Systeme in Osteuropa hat das Problem der Entstaatlichung der Wirtschaft in den Vordergrund gerückt. Die wichtigste Form der Entstaatlichung ist die Privatisierung. Dabei stellt sich das Problem, ob und wie weit die Ansprüche der früheren Eigentümer hierbei berücksichtigt werden sollen, m. a. W., ob und wie weit die Privatisierung eine Reprivatisierung sein soll. Es handelt sich hierbei nicht um eine nur rechtstechnische und auch nicht um eine nur wirtschaftsordnungspolitische, sondern um eine grundsätzliche rechtsstaatliche und eigentumsrechtliche Frage. Zum Rechtsstaat gehört auch der Eigentumsschutz, und der Start in den Rechtsstaat wäre mit einem unglücklichen Makel behaftet, wenn er über die Ansprüche der früheren Eigentümer einfach hinwegginge.

Ist eine grundsätzliche Entscheidung für die Berücksichtigung der Ansprüche der früheren Eigentümer gefallen, so stellt sich die weitere Frage, ob diese Berücksichtigung durch eine Rückgabe des enteigneten Eigentums erfolgen soll oder aber durch eine Entschädigung. Diese Frage hat bekanntlich in der Bundesrepublik Deutschland zu erheblichen Kontroversen geführt, die noch keineswegs beendet sind, sondern laufend neu angefacht werden. Die Rückgabe hat Nachteile für die Wirtschaft, da

- a) die Ermittlung der bisherigen Eigentümer einen erheblichen Zeitaufwand erfordert und oft umfangreiche Rechtsstreite hervorruft,
- b) bei einer Rückerstattung das Objekt häufig nicht in die Hand des für die Wirtschaft nützlichsten Rechtssubjekts, insbesondere eines Investors, gerät.

Die Bundesrepublik hat sich in dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen für den Grundsatz „Rück-

gabe vor Entschädigung“ entschieden, diesen jedoch in einigen Fällen aufgelockert. Folgegesetze wie das 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz brachten weitere Einschränkungen. Um das Ausmaß dieser Auflockerungen tobt nach wie vor ein heftiger Streit in der Öffentlichkeit. Andererseits verlangt der Grundsatz der Entschädigung erhebliche finanzielle Mittel.

Angesichts dieser Problematik und des heftigen Streits darum in der Öffentlichkeit erscheint es sinnvoll, den Blick darauf zu richten, wie die übrigen osteuropäischen Staaten dieses Problem lösen. Dabei sind in den osteuropäischen Staaten z. T. noch keine einschlägigen Regelungen ergangen. Insoweit werden im folgenden die wichtigsten rechtspolitischen Konzeptionen dargelegt und – soweit möglich – ihre Realisierungschancen bewertet.

Friedrich-Christian SCHROEDER, Regensburg

ČSFR

I. Einführung

Die inzwischen in ganz Osteuropa gescheiterten und in einigen Staaten völlig entmachteten kommunistischen Regime haben eine zerstörte gesellschaftliche Ordnung hinterlassen.

Die Tschechoslowakei hat bisher als das einzige Land des ehemaligen sowjetischen Einflusses ein umfassendes – allerdings auch umstrittenes – Programm zur Wiedergutmachung des vorangegangenen Unrechts verabschiedet.

* Aus dem Institut für Ostrecht München.

Gesamtfläche von 200 ha zurückgegeben werden. Die Novelle des Gesetzes²⁰ hob diese Einschränkung auf, so daß nunmehr auch der Großgrundbesitz (etwa der alten Adelsgeschlechter) vollständig zurückgegeben wird.

Nicht herausgegeben, sondern lediglich entschädigt werden u.a. Grundstücke, auf denen inzwischen dem Allgemeinwohl dienende Einrichtungen errichtet wurden (Sportplätze, Wochenendhauskolonien oder Friedhöfe u. ä.). Entsprechendes gilt auch für Immobilien, die rechtmäßig in persönliche Nutzung einer natürlichen Person übergegangen sind.

Kompliziert ist die Regelung der gegenseitigen Aufrechnung bei einer nach der Enteignung erfolgten Veränderung der Liegenschaft und des sich darauf befindlichen Inventars (umgebaute oder renovierte Gebäude, veränderter Viehbestand, aufgepflanzte oder abgeholzte Baumbestände u. a.). Sind durch solche Veränderungen bedingte Forderungen des Staates oder eines anderen Herausgabepflichtigen zu hoch oder will der Berechtigte den so veränderten Zustand nicht übernehmen, so kann er zwischen einem anderen vergleichbaren Grundstück und Schadenersatz wählen. Entsprechende Wahlmöglichkeit besteht auch, wenn das Grundstück aus den oben aufgezählten Gründen nicht herausgegeben wird.

4. Das Gesetz über die Eigentumsverhältnisse in den Genossenschaften

Das Gesetz regelt die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse und die Auseinandersetzung des Eigentums innerhalb der Genossenschaften, die Anpassung der inneren Rechtsverhältnisse der Genossenschaften an die Regelungen des neuen tschechoslowakischen Handelsgesetzbuches²¹ sowie die Herausgabe des von der Kommunistischen Partei nach dem 1.1.1990 erworbenen oder übernommenen Eigentums²². Für diese Abhandlung ist lediglich die Auseinandersetzung des Eigentums innerhalb der Genossenschaft (zwischen den Genossen) von Bedeutung.

a) Kreis der Berechtigten

Berechtigte im Sinne dieses Gesetzes werden nach der Art der Genossenschaften unterschieden.

Bei den Landwirtschafts-genossenschaften sind es:

- die Genossen zum 30.11.1991,
- die Eigentümer des Bodens und anderen landwirtschaftlichen Inventars im Wert von über 30.000 Kčs (etwa 1.500 DM), die nachweisen können, daß die Genossenschaft ihr Eigentum bis zu einem bestimmten Zeitpunkt (1990) übernommen oder genutzt hat,
- natürliche Personen, die einen Anteil an der Genossenschaft nach besonderen Bestimmungen²³ zugeteilt bekommen haben.

Bei den Produktions- und Konsumgenossenschaften sind es:

- die Genossen,
- die noch lebenden ehemaligen Genossen, die ohne Entschädigung aus der Genossenschaft ausgeschieden sind und jetzt eine erneute Mitgliedschaft beantragen.

Bei den Wohnungsbaugenossenschaften sind es die heutigen Genossen.

Alle oben genannten Genossenschaften müssen einen Umwandlungsplan ausarbeiten. Sie können entweder eine Genossenschaft bleiben oder sich in eine Handelsgesellschaft nach den Bestimmungen des HGB umwandeln. Die Anteile der einzelnen Genossen werden nach einem komplizierten Schlüssel berechnet. Will ein Genosse nach der Erstellung des Umwandlungsplans aus der Genossenschaft ausscheiden und auf diesem Gebiet privatwirtschaftlich tätig sein, so hat er einen Anspruch auf die Herausgabe des an ihn fallenden Anteils. Die Genossen einer Wohnungsbaugesellschaft können die kostenlose Übertragung des von ihnen genutzten Wohnraums in ihr Eigentum beantragen.

Ass. jur. Petr BOHATA

Ungarn

I. Diskussionsstand

Auch in Ungarn anerkennt man das Recht der früheren Eigentümer auf ihr Eigentum. Daß die Enteignungen unrechtmäßig waren, ist allgemein anerkannt. Allerdings steht die ungarische Öffentlichkeit dem Vorhaben der Leistung von Entschädigungen skeptisch gegenüber. Das Vorhaben wird als undurchführbar und letztlich als zu teuer beurteilt. Der Großteil der Bevölkerung versteht nicht, warum die heute lebende Generation das Unrecht vergangener Zeiten bezahlen soll.

Weniger umstritten ist die Anerkennung der Notwendigkeit der Entschädigung von Nichtvermögensschäden (z. B. wg. ungerechtfertigter Haft oder Tötung).

II. Gesetzliche Grundlagen

1. Vermögensschäden

a) Konzeption

Ein einheitliches Entschädigungsrecht für juristische und natürliche Personen besteht nicht. In Ungarn will man von der Konzeption her die Entschädigung aller natürlichen und juristischen Personen in mehreren Etappen und durch mehrere Gesetze durchsetzen. Man folgt dem Grundsatz der Entschädigung vor Rückgabe. Den durch

20 Gesetz Nr. 93/1992 Sb.

21 Gesetz Nr. 513/1991 Sb.

22 Diese Regelung mußte deswegen aufgenommen werden, weil die Kommunistische Partei (bzw. ihre Funktionäre) nach dem Inkrafttreten des Verfassungsgesetzes Nr. 496/1990 Sb. über die Rückgabe des Eigentums der Kommunistischen Partei an das tschechoslowakische Volk versucht haben, das Eigentum der Partei, vorbei an dem genannten Verfassungsgesetz, in den ihnen nahestehenden Organisationen (häufig eben Genossenschaften) unterzubringen und so dem Zugriff des Staates zu entziehen.

23 Z. B. die in den Anm. 3-5 genannten Gesetze.

rechtswidrige Enteignungen Betroffenen steht eine *billige Entschädigung* zu. Entschädigt werden sollen Enteignungen, die während der faschistischen Diktatur und der unmittelbaren Nachkriegszeit erfolgten (1939–1949) sowie Enteignungen, die unter der kommunistischen Diktatur erfolgten (1949–1987).

b) Entschädigung natürlicher Personen

Am 26. 6. 1991 erging das Gesetz Nr. XXV/1991, das sog. „Erste Entschädigungsgesetz“¹ (in Kraft seit 1. 7. 1991). Das „Erste Entschädigungsgesetz“ regelt die Entschädigung von Enteignungen natürlicher Personen in den Jahren zwischen 1949–1987.

Am 7. 4. 1992 folgte das sog. „Zweite Entschädigungsgesetz“. Das Gesetz wurde am 8. 5. 1992 im ungarischen Gesetzblatt veröffentlicht und ist dreißig Tage nach seiner Veröffentlichung in Kraft getreten. Durch das „Zweite Entschädigungsgesetz“ werden nun auch die Enteignungen natürlicher Personen geregelt, soweit sie auf Rechtsvorschriften beruhen, die zwischen dem 1. 5. 1939 und dem 8. 6. 1949 ergangen sind. Damit werden nun vor allem auch die Enteignungen der Ungarndeutschen erfaßt. Die Entschädigung erfolgt entsprechend den Vorschriften des „Ersten Entschädigungsgesetzes“.

c) Entschädigung juristischer Personen

Was juristische Personen betrifft, so ist bisher nur eine Regelung bzgl. der Entschädigung der kirchlichen Immobilien getroffen worden. Durch das Gesetz Nr. XXXII/1991² wurde bestimmt, daß ehemalige kirchliche Immobilien ihren jeweiligen Eigentümern zurückzugeben sind, falls sie nach dem 1. 1. 1948 ohne Entschädigung verstaatlicht worden sind und wenn sich die Immobilien beim Inkrafttreten des Gesetzes noch im staatlichen oder kommunalen Eigentum befinden. Bemerkenswert ist, daß hier der Grundsatz der Entschädigung vor Rückgabe umgekehrt wurde!

2. Nichtvermögensschäden

Nichtvermögensschäden werden durch das am 2. 7. 1992 in Kraft getretene Gesetz Nr. XXXII/1992 entschädigt³.

III. Einzelheiten der gesetzlichen Regelung der Entschädigung von Vermögensschäden natürlicher Personen

Grundsätzlich erfolgt die Entschädigung für Enteignungen natürlicher Personen entsprechend der Systematik des Ersten Entschädigungsgesetzes. Das Zweite Entschädigungsgesetz selbst verweist auf das Erste Entschädigungsgesetz. Wir stellen daher im folgenden nur das Erste Entschädigungsgesetz dar, unter Berücksichtigung der Abweichungen, die sich aus dem Zweiten Entschädigungsgesetz ergeben.

1. Entschädigungsberechtigte

Entschädigungsberechtigt sind:

- ungarische Staatsangehörige,
- Personen, die im Zeitpunkt der Schadenszufügung ungarische Staatsangehörige waren,
- Personen, denen der Schaden im Zusammenhang mit ihrer Ausbürgerung zugefügt worden ist,
- Ausländer, die am 31. 12. 1990 ihren gewöhnlichen Wohnsitz in Ungarn hatten.

Kein Entschädigungsanspruch besteht nach dem Ersten Entschädigungsgesetz, wenn das vermögensentziehende Verfahren zu einem Zeitpunkt eingeleitet wurde, in dem der Geschädigte die ungarische Staatsangehörigkeit nicht mehr besaß. Dies trifft vor allem auf deutschstämmige Aussiedler zu, da diese in der Regel vor der Einleitung des Enteignungsverfahrens auf ihre ungarische Staatsangehörigkeit verzichtet haben, um die Aussiedlungserlaubnis zu erhalten. Diese Personengruppe wird nun aber durch das Zweite Entschädigungsgesetz entschädigt.

Anspruchsberechtigt sind nur der Antragsteller, seine direkten Abkömmlinge und, falls keine Abkömmlinge vorhanden sind, der überlebende Ehegatte. Nicht anspruchsberechtigt sind alle seitlichen Verwandten (z. B. Geschwister und deren Abkömmlinge). Sonderregelungen gelten für Auslandsungarn⁴. Für diese Personengruppen bestehen Entschädigungsansprüche aus dem Ersten Entschädigungsgesetz nur, wenn das Eigentum an dem zurückgelassenen Gut auf den Staat, nicht aber auf die Verwandten überging. In letzterem Fall bestehen u.U. allgemein zivilrechtliche Ansprüche gegen die Verwandten.

2. Entschädigungshöhe und Schranken

a) Entschädigungshöhe

Wird der Entschädigungsanspruch nach §§ 1 und 2 Entschädigungsgesetz bejaht, so gilt es, die Höhe der zu zahlenden Entschädigung zu ermitteln. Diese ist gem. § 3 Abs. 1 Entschädigungsgesetz nicht individuell, sondern pauschal zu bestimmen. Hierzu sind in den Anlagen zum Entschädigungsgesetz Tabellen aufgestellt, die die pauschalierte Berechnung ermöglichen.

b) Schranken

Die Höhe der Entschädigung wird jedoch durch zwei Schranken begrenzt: die Höhe der Entschädigung je Eigentumsobjekt kann 5 Millionen Forint (ca. 100.000,- DM) nicht übersteigen, und ein ehemaliger Eigentümer kann - ungeachtet der Zahl seiner Eigentumsobjekte - insgesamt höchstens 5 Millionen Forint erhalten. Des weiteren muß sich der ehemalige Eigentümer bereits früher erhaltene Entschädigungen anrechnen lassen, wobei allerdings die Geldentwertung nicht berücksichtigt wird.

3. Form der Entschädigung

Die *Form der Entschädigung* erfolgt durch einen sog. Entschädigungsschein. Dieser verkörpert den Nominalwert der dem Staat gegenüber bestehenden Forderung. Er ist ein auf den Inhaber lautendes übertragbares Wertpapier. Er verkörpert aber keine Geldforderung, sondern berechtigt zum anteiligen Erwerb von zu privatisierendem Staatsvermögen. Die Entschädigungsscheine werden zu 75 % des Leitzinses der ungarischen Notenbank verzinst, und zwar auf eine Höchstdauer von drei Jahren. Die Entschädigungsscheine sind verwendbar als:

1 Magyar Közlöny (im folgenden MK) Nr. 77/1991.

2 MK Nr. 82/1991.

3 MK Nr. 56/1992.

4 Hierzu vgl.: M. Pajor-Bytomski, Das ungarische Entschädigungsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Ansprüche der Auslandsungarn, in: JOR XXXIII/1 (1992).

- Zahlungsmittel beim Kauf von Vermögensgegenständen, Aktien und Geschäftsanteilen, die der Privatisierung unterliegen,
- Zahlungsmittel beim Kauf von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen,
- Zahlungsmittel beim Kauf von bestimmten staatlichen Wohnungen,
- Nachweis für Eigenkapital bei Kreditaufnahme zu bestimmten Zwecken sowie als
- Grundlage für Gewährung einer Leibrente.

Für den Kauf landwirtschaftlicher Flächen unter Verwendung von Entschädigungsscheinen ist das Gesetz Nr. II/1992⁵ als Verfahrensvorschrift ergangen. Der Berechtigte muß seine Kaufabsicht bei der zuständigen Selbstverwaltungskörperschaft anmelden. Er kann dann an der Versteigerung von Grundbesitz teilnehmen, falls er seine Entschädigungsberechtigung nachweist (z. B. durch Vorlage eines rechtskräftigen Beschlusses des Entschädigungsamtes). Entschädigungsscheine können bei den Versteigerungen im Nennwert eingesetzt werden.

4. Verfahren

Voraussetzung für einen Anspruch nach dem Ersten Entschädigungsgesetz ist ein schriftlicher Antrag, der bis zum 16. 12. 1991 gestellt werden mußte. Inzwischen wurden 830.000 Anträge gestellt. Die Anträge sind an die örtlich zuständigen Komitatsämter für Entschädigung zu richten, in Budapest an das „Hauptstädtische Amt für Entschädigungen“. Letzteres ist auch für die Bearbeitung der im Ausland wohnenden Antragsteller zuständig. Für etwaige Widersprüche ist als zweite Verwaltungsinstanz das Landesentschädigungsamt zuständig. Schließlich ist auch der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten gegeben. Für das Verfahren vor den Komitatsämtern und vor dem Hauptstädtischen Amt für Entschädigung gelten die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes mit der Maßgabe, daß die Ämter binnen drei Monaten entscheiden sollen und diese Frist nur einmal um drei Monate verlängert werden kann.

Für Ansprüche aus dem Zweiten Entschädigungsgesetz gilt das eben dargestellte Antragsverfahren, *Anträge* sind bis zum 1. 10. 1992 bei den zuständigen Stellen (Komitatsämter, Hauptstädtisches Entschädigungsamt) einzureichen.

IV. Die Entschädigung von Nichtvermögensschäden

Nichtvermögensschäden werden durch das Gesetz Nr. XXXII/1992 entschädigt.

1. Anspruchsvoraussetzungen

Anspruchsvoraussetzung ist, daß der Entschädigungsberechtigte durch eine in den Jahren zwischen 11. 3. 1939 und 23. 10. 1989 getroffene *widerrechtliche Maßnahme* ungarischer oder sowjetischer Behörden betroffen wurde. Im Gesetz genannt werden neben Tötung rechtswidrige Freiheitsentziehung von mindestens dreißig Tagen Dauer, Internierung, Deportierung, Zwangsbehandlung und Zwangsarbeitsdienst.

Entschädigungsberechtigt sind:

- ungarische Staatsangehörige,
- Personen, die zum Zeitpunkt als das Unrecht verübt

wurde, ungarische Staatsangehörige waren sowie - Personen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes ihren Wohnsitz in Ungarn haben oder bis zu ihrem Tod in Ungarn lebten.

Ausländer sind also nicht entschädigungsberechtigt!

Die Entschädigung wird nur gewährt, wenn *kein Ausschlussgrund* vorliegt. Ausgeschlossen ist die Entschädigung, wenn der Betroffene bereits anderweitig eine Entschädigung erhalten hat. Keine Entschädigung können zudem beanspruchen: Mitglieder der ehemaligen Geheimen Staatspolizei sowie Personen, die an der Niederschlagung des Volksaufstandes von 1956 teilgenommen haben oder deswegen ausgezeichnet wurden.

2. Entschädigungshöhe

Nahen Angehörigen (Ehegatten) und Verwandten (Eltern, Kinder) steht bei Tötung des Entschädigungsberechtigten eine Entschädigung i. H. v. 1.000.000 Forint (ca. 20.500,- DM) zu. Sind Ehegatten oder Eltern bzw. Kinder nicht vorhanden, so erhalten etwaige Geschwister eine Entschädigung in Höhe von 500.000 Forint. Wurde ein Geistlicher ohne Angehörige oder Verwandte Opfer der Repression, so steht die Entschädigung der zuständigen Diözese zu. Für rechtswidrige Freiheitsberaubungen steht den Betroffenen eine monatliche Entschädigung i. H. v. bis zu 225,- DM zu.

Bei Vermögensschäden im Zusammenhang mit gesetzwidriger Tötung oder Freiheitsentzug wird eine Entschädigung in Form eines Wertbriefs geleistet. Das Gesetz ist insofern *lex specialis* zu den allgemeinen Entschädigungsregeln.

3. Form der Entschädigung für erlittene Nichtvermögensschäden

Die Entschädigung wird durch Gewährung einer Leibrente oder durch Zuteilung von Entschädigungsscheinen (vgl. bereits III. 3.) gewährt.

Inzwischen ist auch ein Gesetz Nr. XXXI/1992 über die Umwandlung der Entschädigungsscheine in eine Leibrente⁶ ergangen. Bei Personen, die ihr 65. Lebensjahr vollendet haben oder die zu zumindest 67 % arbeitsunfähig sind, können die Entschädigungsscheine in eine Leibrente umgewandelt werden. Beruht die Umwandlungsberechtigung darauf, daß der Antragsteller 65 Jahre alt ist, so wird die Leibrente bis zum Ableben des Antragstellers gewährt. Liegt Arbeitsunfähigkeit vor, so wird die Leibrente bei Männern zwölf und bei Frauen 15 Jahre gewährt. Je 100.000 Forint in den Entschädigungsscheinen ausgewiesenen Entschädigungsanspruchs erhält ein Mann eine monatliche Leibrente i. H. v. 680 Forint und eine Frau i. H. v. 540 Forint. Die Leibrenten werden jährlich erhöht, der Umfang der Erhöhung wird durch Parlamentsbeschluß festgesetzt, muß jedoch mindestens 30 % der Erhöhung der allgemeinen Renten betragen.

4. Verfahren

Ansprüche müssen innerhalb von vier Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes (also bis spätestens November

⁵ MK Nr. 72/1992.

⁶ MK Nr. 54/1992.

1992) angemeldet werden. Anträge können an die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Republik Ungarn in Deutschland oder direkt an die ungarischen Entschädigungsbehörden (vgl. bereits III. 4.) gerichtet werden. Antragsformulare sowie weitere Informationen zu dem Gesetz sind bei dieser Stelle erhältlich.

V. Schlußwort

Der ungarische Gesetzgeber hat ein umfangreiches und mutiges Entschädigungsrecht geschaffen. Der ungarische Gesetzgeber hat ein vernünftiges Augenmaß an den Tag gelegt, indem er anerkennt, daß nicht jedes zugefügte Unrecht ungeschehen gemacht werden kann. Insbesondere die Ausrichtung der Entschädigung von Vermögensschäden an dem Grundsatz der Entschädigung vor Rückgabe zeigt den Realitätssinn des ungarischen Gesetzgebers. Im Vergleich zur ungarischen Regelung wirkt die deutsche Regelung des einseitigen Eigentumsschutzes durch Rückgabe vor Entschädigung geradezu ideologisch borniert. Die deutsche Regelung hat sich denn auch in der Praxis bereits disqualifiziert. Die Praxisbewährung der ungarischen Regelung steht noch aus.

Ass. jur. Harald KNERER

Polen

I. Einführung

Nachdem in Polen alle Versuche, die Planwirtschaft durch den Einbau marktwirtschaftlicher Steuerungselemente zu retten, gescheitert waren, entschloß sich bereits Ende der achtziger Jahre die damals noch amtierende kommunistische Regierung zu einer sog. „Zweiten Etappe der Wirtschaftsreform“, die zu tiefgreifenden Änderungen der gesamten Wirtschaftsordnung führte¹. Eine generelle Entstaatlichung der Wirtschaft stand zwar damals noch nicht – zumindest nicht hinreichend konkretisiert – auf dem Programm, doch wurden schon 1987 die Möglichkeiten der Umwandlung von Staatsunternehmen in Handelsgesellschaften² sowie der Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Anlagevermögen („Grundmitteln“) staatlicher Unternehmen an Privatunternehmer³ geschaffen und dadurch, zusammen mit der Einführung der Gewerbefreiheit⁴ der Grundstein sowohl für die Entwicklung der Privatwirtschaft als auch für die sog. „kleine Privatisierung“⁵ gelegt.

Im Juli 1990 hat dann das Parlament nach langen Diskussionen⁶ ein Gesetz über die Privatisierung staatlicher Unternehmen erlassen (unten II.) und damit die Weichen für eine generelle Entstaatlichung der Wirtschaft gestellt. Obwohl den Schöpfern dieses Gesetzes von vornherein klar war, daß für den Erfolg der Privatisierung eine Klärung offener Vermögensfragen unumgänglich ist⁷, ist es bis heute zur Verabschiedung eines Reprivatisierungsgesetzes – trotz mehrerer diesbezüglicher Gesetzesinitiativen (unten III.) – noch nicht gekommen. Gleichwohl gibt es in Polen diverse Möglichkeiten, bestimmte nach 1944 durchgeführte Enteignungen rückgängig zu machen bzw. auszugleichen (IV.).

II. Allgemeine Privatisierung

1. Privatisierung staatlicher Unternehmen⁸

Das Gesetz über die Privatisierung staatlicher Unternehmen vom 13. 7. 1990⁹ – hier: Privatisierungsg – sieht zwei Formen der Privatisierung staatlicher Unternehmen vor: a) die indirekte Umwandlung durch eine sog. „Kommerzialisierung“, d. h. durch die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung zum Zwecke des späteren Weiterverkaufs von Aktien und Anteilen an einen oder mehrere inländische und/oder ausländische Investoren; diese Form gilt vor allem für die Privatisierung großer und mittelgroßer Unternehmen¹⁰; b) die direkte Umwandlung der Eigentumsstruktur durch Liquidation des Unternehmens zum Zwecke des Verkaufs oder der Verpachtung des Unternehmensvermögens bzw. zur Einbringung dieses Vermögens in eine Handelsgesellschaft; auf diese Weise sollen vor allem kleinere Unternehmen privatisiert werden¹¹.

Bei der Umwandlung unterscheidet das Gesetz zwischen dem ordentlichen und dem außerordentlichen Verfahren. Im ersten Fall entscheidet über die Umwandlung der Minister für Eigentumsumwandlung (MEU) auf gemeinsamen Antrag des Unternehmensdirektors und des Arbeitnehmerrates oder auf den im Einvernehmen mit diesen Organen gestellten Antrag des Gründungsorgans, d. h. des Fachministers oder des Woiwoden. Der

- 1 Vgl. die Berichte über die Rechtsentwicklung in Polen 1987 (JOR XXIX. 1988, S. 239 ff.), 1988 (JOR XXX/1, 1989, S. 159 ff.) und 1989 (JOR XXXI/1, 1990, S. 177 ff.); E. Gralla, Änderungen des Devisen- und Investitionsrechts vom 28. Dezember 1989: JOR XXX/1 (1990), S. 243 ff.
- 2 Art. 29 des Gesetzes über staatliche Unternehmen – hier UnternehmenG – i. d. F. v. 1987, Dz. U. 1987, Nr. 35, Pos. 202; vgl. U. W. Schulze, Das polnische Umwandlungsrecht: RiW 1991, S. 196 ff.
- 3 Art. 47 UnternehmenG i. d. F. v. 1987 (Anm. 2); Art. 42 Abs. 2 UnternehmenG i. d. F. v. 1990, Dz. U. 1990, Nr. 17, Pos. 91 mit AVO vom 25. 6. 1990, Dz. U. 1990, Nr. 45, Pos. 260.
- 4 Vgl. E. Gralla, Das neue polnische Gewerberecht: WGO - MfOR 1989, S. 57 ff. und dort den Text des Gesetzes über die Wirtschaftstätigkeit von 1988 (S. 64 ff.).
- 5 Nach einem Beschluß des polnischen Parlaments vom 9. 11. 1990 (Monitor Polski 1990, Nr. 43, Pos. 333) versteht man in Polen unter der sog. „kleinen Privatisierung“ – entgegen anders lautenden Berichten (so etwa Schulze, Anm. 2, S. 199) – den „Prozeß der Gründung neuer und der Entwicklung bestehender Firmen durch den Ankauf, die Anmietung oder Verpachtung des Vermögens staatlicher, kommunaler oder genossenschaftlicher Rechtssubjekte durch private Unternehmer ohne die unmittelbare Beteiligung von Behörden der Regierungsverwaltung“.
- 6 Vgl. J. Klich/K. Poznanska, Veränderungen der Eigentumsstruktur in Polen: Osteuropa 7/1991, S. 665 ff.
- 7 Vgl. Die Diskussionen im polnischen Parlament während der 70. Sitzung der letzten Legislaturperiode: Sprawozdanie stenograficzne z 70 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polski (Stenographischer Bericht über die 70. Sitzung des Parlaments der Republik Polen), Warschau 1991, Sp. 265 ff. und 424 ff.
- 8 Hierzu eingehend: Schulze (Anm. 2), S. 196 ff. und dort der Text des Privatisierungsgesetzes (S. 200 ff.); C. Banasinski, Privatisierung der polnischen Wirtschaft: RiW 1991, S. 386 ff.; Chr. G. Bandyk, Privatisierung in Polen 1990/91: Osteuropa 5/1992, S. 531 ff.; A. Jakubecki/R. Skubisz in: R. Skubisz (Red.), Zarys prawa spółek (Grundriß des Gesellschaftsrechts), Lublin 1992, S. 195-232 m.w.Nachw.
- 9 Dz. U. 1990, Nr. 51, Pos. 298; 1991, Nr. 60, Pos. 253 und Nr. 111, Pos. 480; vgl. auch das Gesetz über die Erweiterung des Geltungsbereichs des Privatisierungsg vom 9. 11. 1990, Dz. U. 1990, Nr. 85, Pos. 498; Gesetz über die Eigentumsumwandlung des staatlichen Unternehmens Polnische Fluglinien „LOT“ vom 4. 6. 1991, Dz. U. 1991, Nr. 61, Pos. 260.
- 10 Privatisierungsg Art. 5-17 (Umwandlung in eine Gesellschaft) und Art. 18 bis 36 (Veräußerung von Aktien an Dritte). Eingehend Jakubecki/Skubisz (Anm. 8), S. 196 ff.
- 11 Privatisierungsg Art. 37-43; hierzu Jakubecki/Skubisz (Anm. 8), S. 212 ff.

Die Vergangenheitsbewältigung setzt sich aus zwei großen Teilgebieten zusammen: Rehabilitation der zu Unrecht verurteilten Personen¹ und die Wiederherstellung der zum Zeitpunkt der kommunistischen Machtübernahme (28. 2. 1948) bestehenden Eigentumsverhältnisse (Restitution).

Die Restitution verläuft in der ČSFR nicht im Rahmen der Privatisierung der Wirtschaft², sondern parallel dazu, und wird vorläufig durch vier Gesetze geregelt:

- das Gesetz zur Linderung der Folgen von einigen vermögensrechtlichen Ungerechtigkeiten³,
- das Gesetz über die außergerichtliche Rehabilitation⁴,
- das Gesetz über die Regelung der Eigentumsverhältnisse am landwirtschaftlichen Boden und anderem landwirtschaftlichen Eigentum⁵,
- das Gesetz über die Eigentumsverhältnisse in den Produktions-, Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften⁶.

Ein weiteres Gesetz über die Regelung der Eigentumsverhältnisse an staatlichen Wohnungen ist geplant.

Bei allen Restitutionsgesetzen gilt der Grundsatz: Herausgabe hat Vorrang vor Entschädigung. Nur wenn die Herausgabe nicht möglich ist oder nur in einem verschlechterten Zustand erfolgen kann, hat der frühere Eigentümer einen Anspruch auf Entschädigung. Auf der anderen Seite muß er eine eventuelle Wertsteigerung durch Baumaßnahmen ausgleichen.

II. Die Wiederherstellung der früheren Eigentumsverhältnisse

1. Gesetz zur Linderung der Folgen von einigen vermögensrechtlichen Ungerechtigkeiten

a) Kreis der Berechtigten und Verpflichteten

Die Regelungen dieses Gesetzes betreffen die Schäden von natürlichen und juristischen Personen (auch Ausländern), die aufgrund von einigen abschließend aufgezählten Normativakten⁷ ihre Eigentumsrechte an beweglichen Sachen oder Liegenschaften verloren haben.

Die so entstandenen Vermögensschäden sollen im Rahmen dieses Gesetzes entweder durch Herausgabe der Sachen oder Liegenschaften an die alten Eigentümer oder durch Schadenersatz gelindert werden. Die Rückgabe oder Entschädigung kann der frühere Eigentümer fordern; ist er bereits verstorben, geht der Anspruch auf seine Erben über.

Die Herausgabepflicht betrifft enteignete oder unter rechtswidrig ausgeübtem Druck „verkaufte“ Sachen oder Liegenschaften, die am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes entweder im Besitz von juristischen Personen⁸ waren oder im Besitz von natürlichen Personen, die die enteigneten Objekte vom Staat entweder aufgrund von damals widerrechtlichen oder unbegründet begünstigten Transaktionen erworben haben (häufig der Besitz von Parteifunktionären und ihnen nahestehenden Personen).

b) Herausgabe des Eigentums

Der Berechtigte legt dem gegenwärtigen Eigentümer oder der zur Nutzung des Eigentums berechtigten Organisation den Rückgabeantrag vor. Das betreffende Objekt muß dann binnen dreißig Tagen herausgegeben werden. Über die Übergabe muß ein notarieller Vertrag angefertigt wer-

den. Erfüllt der Verpflichtete den Antrag nicht, so ist der Rechtsweg gegeben.

Die früher ausgezahlten Entschädigungen müssen innerhalb von sechzig Tagen nach der Herausgabe des Eigentums an die damals leistende Behörde oder ihren Rechtsnachfolger zurückgezahlt werden. Die betreffenden Objekte werden in dem Zustand herausgegeben, in dem sie sich zum Zeitpunkt des Abschlusses des Herausgabevertrages befinden. Wurden seitens der bisherigen Eigentümer Verträge mit Dritten abgeschlossen, die eine zukünftige Veränderung des Objektes zur Folge hätten (Umbau, Renovierung oder Reparaturen bei beweglichen Sachen), so muß in dem Übernahmevertrag geregelt werden, ob und in welchem Umfang der zukünftige Eigentümer diese Vereinbarungen zu übernehmen bereit ist.

c) Schadenersatz

Nicht herausgegeben, sondern lediglich entschädigt werden Liegenschaften, die erst nach der Enteignung erstmalig bebaut wurden oder an denen persönliche (rechtmäßige) Nutzungsrechte eingeräumt sind. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach den allgemeinverbindlichen Preisbestimmungen⁹. Die Entschädigungshöhe steigt in der Regel um 3 % für jedes abgelaufene Jahr seit der Enteignung. Damit soll in etwa der Nutzungsausfall ausgeglichen werden.

2. Das Gesetz über die „außergerichtliche Rehabilitation“

Im Unterschied zu dem Gesetz über die Linderung der Folgen von einigen vermögensrechtlichen Ungerechtigkeiten regelt das Restitutionsgesetz umfassend nicht nur alle diejenigen Verstaatlichungen zwischen 1948 und 1990, die aus der Sicht eines Rechtsstaates als rechtswidrig anzusehen und mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft nicht zu vereinbaren sind, sondern auch die sich aus verwaltungsrechtlichen, strafrechtlichen und arbeitsrechtlichen Akten und anderen Entscheidungen ergebenden Ungerechtigkeiten¹⁰. Das Gesetz ist

1 Dieser Themenbereich bleibt hier unberücksichtigt. Näheres dazu P. Bohata, Vergangenheitsbewältigung in der Tschechoslowakei, Jahrbuch für Ostrecht (JOR), XXXII/2 (1991), S. 325 ff.

2 Die Privatisierung der Wirtschaft wird insbesondere durch zwei Gesetze geregelt: das Gesetz Nr. 427/1990 Sb. betrifft die sogenannte „kleine Privatisierung“ (Privatisierung von Geschäften, kleinen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben in Form von öffentlichen Versteigerungen) und das Gesetz 92/1991 Sb. über die sogenannte „große Privatisierung“, das die Staatsbetriebe betrifft.

3 Gesetz Nr. 403/1990 Sb. in der Fassung späterer Änderungen und Ergänzungen.

4 Gesetz Nr. 87/1991 Sb. in der Fassung späterer Änderungen.

5 Gesetz Nr. 229/1991 Sb. in der Fassung späterer Änderungen.

6 Gesetz Nr. 42/1992 Sb.

7 Z. B. RegAO Nr. 15/1959 Sb., Gesetz Nr. 71/1959 Sb. (Verstaatl. von Mietshäusern) oder die Gesetze von 1948 über die Verstaatlichung von bestimmten Betrieben (insbesondere Lebensmittelgeschäfte, Großhandel, Handelsfirmen mit über 50 Angestellten, Gastwirtschaften und Hotels).

8 Von der Herausgabepflicht befreit ist das Eigentum von Joint Ventures und von juristischen Personen, deren Gesellschafter ausschließlich natürliche Personen sind, wenn sie den Besitz nicht von einer sonst herausgabepflichtigen juristischen Person nach dem 1. 10. 1990 erlangt haben.

9 Vgl. z. B. die Verordnung Nr. 393/1991 Sb. über die Preise von Grundstücken, Gebäuden der Tschechischen Republik.

10 Die verwaltungsrechtlichen (z. B. Einweisungen in die Zwangsarbeitslager), die arbeitsrechtlichen (z. B. politisch bedingte Kündigungen) und die strafrechtlichen (z. B. Vermögenskonfiskationen) Angelegenheiten bleiben im Rahmen dieser Abhandlung unberücksichtigt. Näheres dazu P. Bohata, Anm. 1.

dadurch nicht nur zum größten Eingriff in die bestehenden Eigentumsverhältnisse seit dem Bestehen der Tschechoslowakei geworden, sondern stellt auch sehr hohe Anforderungen an die Finanzen¹¹ und an die staatliche Verwaltung. Außerdem wird die angelaufene Privatisierung der Wirtschaft durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse nachhaltig gestört. Ein mehr oder weniger deutlicher Strich unter die kommunistische Willkürherrschaft und eine baldige Rechtssicherheit auf dem Eigentumssektor sind der Lohn für diesen Kraftakt.

a) Kreis der Berechtigten und Verpflichteten

Gerade dieser Punkt der Restitution hat im In- und Ausland teilweise heftige Diskussionen ausgelöst und dem Gesetzgeber harte Kritik eingebracht.

Berechtigte im Sinne dieses Gesetzes sind nämlich natürliche tschechoslowakische Personen (also im Gegensatz zu dem vorhergehenden Gesetz keine Ausländer und keine juristischen Personen) mit dauerndem Wohnsitz in der ČSFR (also auch keine Exilanten). Diesbezügliche Änderungsvorschläge liegen zwar dem Parlament seit längerer Zeit vor, mit einer grundsätzlichen Änderung ist jedoch vorläufig nicht zu rechnen.

Sind die Berechtigten im Sinne dieses Gesetzes bereits verstorben, so treten ihre Erben an ihre Stelle. Der Kreis der Verpflichteten entspricht dem unter der Nr. 1 aufgezählten Personenkreis.

b) Herausgabe des Eigentums und Schadenersatz

Die Herausgabeverpflichtung entsteht, wenn das Eigentum im oben genannten Zeitraum auf den Staat beispielsweise unter folgenden Umständen übergegangen ist:

- gemäß § 453a des Zivilgesetzbuches oder gemäß § 287a der Strafprozeßordnung von 1950¹²,
- aufgrund einer erzwungenen Abtretungserklärung bei Auswanderungswilligen,
- das Eigentum bei illegalen Auslandsaufenthalten in der Tschechoslowakei verblieben ist,
- aufgrund eines in einer Notlage abgeschlossenen Schenkungsvertrages oder eines besonders ungünstigen Kaufvertrages abgegeben wurde (werden mußte),
- das Eigentum zur Sicherung von angeblichen staatlichen Forderungen im abgekürzten Verfahren versteigert wurde,
- wegen einer in einer Notlage ausgeschlagenen Erbschaft nicht erworben werden konnte,
- ohne eine Entschädigung enteignet wurde,
- nach rechtswidrigen Bestimmungen verstaatlicht wurde oder der Staat das Eigentum ohne Rechtsgrund erlangt hat oder durch sein Vorgehen allgemein anerkannte Menschenrechte verletzt hat.

Das Eigentum wird in dem Zustand herausgegeben, in dem es sich am Tage der Herausgabeaufforderung befindet. Liegenschaften, die beispielsweise durch eine erneute Bebauung oder Renovierung eine Wertsteigerung oder durch übermäßige Abnutzung oder Abbruch eine Wertminderung erfahren haben, werden nach allgemeinverbindlichen Preisbestimmungen geschätzt. Der Berechtigte kann dann entweder auf die Herausgabe verzichten und Schadenersatz in Höhe des damals enteigneten oder sonstwie verlorenen Wertes fordern oder den zu seinen

Gunsten entstandenen Wertunterschied begleichen. Liegenschaften, die nicht herausgegeben werden können¹³, werden generell entschädigt.

Bei beweglichen Sachen ist zwar eine Herausgabe der Sachen (falls sie sich noch in einem herausgabefähigen Zustand befinden) möglich, in der Regel werden sie aber entschädigt. Wurde beispielsweise ein Berechtigter nach dem Gesetz über die gerichtliche Rehabilitation¹⁴ oder nach diesem Gesetz rehabilitiert, so kann er für das an den Staat gefallene bewegliche Eigentum eine Pauschale in Höhe von 60.000 Kčs fordern. Der Schadenersatz wird dann bis zu 30.000 Kčs in bar ausgezahlt, der Rest in Wertpapieren, die jedoch keine Staatsschuldscheine sind.

3. Das Bodengesetz

Das Gesetz über die Eigentumsverhältnisse an landwirtschaftlichem Boden und anderen landwirtschaftlichen Einrichtungen soll einige an den früheren Eigentümern von landwirtschaftlichem und forstwirtschaftlichem Boden zwischen 1948 und 1990 begangene Ungerechtigkeiten lindern. Das Gesetz betrifft den zum landwirtschaftlichen¹⁵ und forstwirtschaftlichen¹⁶ Fonds gehörenden Boden, die sich darauf befindlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude, andere Wirtschaftsbauten und das sonstige landwirtschaftliche Zubehör¹⁷.

a) Kreis der Berechtigten und Verpflichteten

Berechtigte sind tschechoslowakische Staatsbürger mit Wohnsitz in der ČSFR, deren oben aufgeführtes Eigentum in dem Zeitraum zwischen 1948 und 1990 unter den in diesem Gesetz aufgezählten Umständen auf den Staat oder auf eine juristische Person übergegangen ist.

Falls diese Personen nicht mehr leben, treten an ihre Stelle ihre Erben, falls sie die oben genannten Voraussetzungen erfüllen.

Zur Herausgabe verpflichtet sind der Staat oder juristische Personen, die zu diesem Zeitpunkt den Boden besitzen oder nutzen. Zur Herausgabe verpflichtet sind wiederum auch natürliche Personen, die das betreffende Eigentum vom Staat aufgrund von rechtswidrigen oder unverhältnismäßig begünstigenden Transaktionen erworben haben.

b) Herausgabe des Eigentums oder Entschädigung

Herausgegeben, gegebenenfalls entschädigt wird das Eigentum, das unter den im Gesetz aufgezählten Fällen¹⁸ auf den Staat oder eine juristische Person übergegangen ist. Der Großgrundbesitz, der unter bestimmten Umständen¹⁹ enteignet wurde, sollte ursprünglich nur bis zur

11 Geschätzte Kosten liegen bei 30 Mrd. Kčs.

12 Nach diesen Bestimmungen fiel das Eigentum von Republikflüchtlingen an den Staat.

13 Weil sie z. B. erst nach der Enteignung erstmalig bebaut wurden oder heute im Besitz von nicht herausgabepflichtigen Personen sind.

14 Gesetz Nr. 119/1990 Sb. in der Fassung seiner späteren Änderungen.

15 Siehe dazu Gesetz Nr. 53/1966 Sb. über den Schutz des landwirtschaftlichen Bodenfonds.

16 Gesetz Nr. 61/1977 Sb. (Waldgesetz).

17 Z. B. das in die Genossenschaften eingebrachte tote und lebendige Inventar der zwangskollektivierten Bauern.

18 Sie entsprechen in etwa den bei der „außergerichtlichen Rehabilitation“ genannten Fällen.

19 Durch Beschlagnahme ohne Entschädigung aufgrund des Gesetzes Nr. 142/1947 Sb. oder des Gesetzes Nr. 46/1948 Sb. (erste und zweite Bodenreform) z. B. auf Genossenschaften übergegangen ist.

MEU kann den Antrag auf Umwandlung mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Unternehmens oder auf ein wichtiges Staatsinteresse ablehnen.

Über die außerordentliche Umwandlung entscheidet der Vorsitzende des Ministerrates auf Antrag des MEU, der jedoch zuvor den Unternehmensdirektor und den Arbeitnehmerrat anzuhören hat.

Durch die Umwandlung entsteht eine Einmanngesellschaft des Fiskus, und zwar eine Einmann-GmbH (Art. 158 HGB) oder eine Einmann-AG (Art. 308 HGB).

Die Aktien und Anteile der auf diese Weise gegründeten Gesellschaften sind innerhalb von zwei Jahren nach den Vorschriften des 3. Kapitels des Privatisierungsgesetzes und des HGB zu verkaufen, wobei 20 % des Gesellschaftskapitals als Vorzugsaktien zum halben Preis an die Belegschaft sowie an landwirtschaftliche Produzenten, die mit dem umgewandelten Unternehmen durch langfristige Geschäftsbeziehungen verbunden waren, zu verkaufen sind. In der Regel soll der Verkauf durch Versteigerung, öffentliche Angebote oder öffentliche Aufforderungen zu Angeboten abgewickelt werden. Die Bezahlung erfolgt aufgrund einer Verordnung über die Form der Bezahlung für die vom Fiskus erworbenen Aktien vom 1. 12. 1990¹² durch Bargeld, Scheck, Überweisung, nach dem 1. 11. 1989 emittierte Obligationen des Fiskus oder durch sog. Privatisierungsgutscheine, deren Vergabe jedoch noch nicht geregelt ist.

Der Verkauf von Aktien und Anteilen an Ausländer bedarf der Genehmigung des MEU, wenn der Nennwert der zu verkaufenden Aktien 10 % des Gesellschaftskapitals übersteigt oder wenn es sich um Vorzugsaktien handelt. Auf die durch Umwandlung entstehende Gesellschaft gehen die Rechte und Pflichten des umgewandelten Unternehmens über; die Arbeitnehmer des Unternehmens werden von der Gesellschaft übernommen, ausgenommen die ernannten Angestellten (Direktoren).

Bei der Liquidation, die im wesentlichen der Liquidation nach dem Unternehmensgesetz entspricht¹³, ist das Verfahren weit einfacher. Über die Liquidation entscheidet das Gründungsorgan im Einvernehmen mit dem MEU entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag des Arbeitnehmerrates. Auch bei der Liquidation kann das Unternehmen in eine Einmanngesellschaft des Fiskus eingebracht werden; in diesem Fall finden die Vorschriften über die Umwandlung und über den Verkauf von Aktien und Anteilen entsprechende Anwendung (Art. 42).

2. Privatisierung der Landwirtschaft

Im Oktober 1991 sind durch ein Gesetz über die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Liegenschaften und über die Änderung einiger Gesetze¹⁴ die rechtlichen Grundlagen für die Privatisierung des staatlichen landwirtschaftlichen Bodens und für die Liquidierung der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe (PGR) geschaffen worden. Durch dieses Gesetz ist eine „Agentur für das Landwirtschaftliche Eigentum der Staatskasse“ gebildet worden, die ab 1992 die Eigentums- und anderen Sachenrechte des Fiskus in bezug auf den staatlichen Boden, einschließlich des Vermögens der aufzulösenden Staatsgüter (PGR), wahrnimmt. Im Rahmen der ihr übertragenen „Bewirt-

schaftung“ kann die Agentur staatliche landwirtschaftliche Liegenschaften verkaufen, verpachten, in eine Handelsgesellschaft einbringen oder Dritten zur Verwaltung übergeben. Die PGR werden liquidiert oder auf Antrag der Agentur bzw. auf gemeinsamen Antrag des Direktors und des Arbeitnehmerrates nach den Vorschriften des Privatisierungsgesetzes in Einmanngesellschaften des Fiskus umgewandelt, wobei jedoch die Aktien und Anteile solcher Gesellschaften nicht an Dritte und damit auch nicht an Ausländer verkauft werden dürfen.

III. Allgemeine Reprivatisierung

1. Stand der Entwicklung

Fast gleichzeitig mit der Privatisierung setzte in Polen die Diskussion über die Reprivatisierung, d.h. über die Rückgabe zu Unrecht enteigneten Vermögens bzw. die Entschädigung hierfür ein. Anders jedoch als bei der Privatisierung gingen und gehen auch heute noch beim Thema Reprivatisierung die Meinungen über so ziemlich alle Kernfragen so weit auseinander, daß es in dieser Sache bis heute noch zu keinem tragfähigen Kompromiß zwischen den politischen Parteien gekommen ist. Einige, und das nicht nur Vertreter des linken Lagers, lehnen sogar eine Reprivatisierung wegen der geringen Belastbarkeit des Staatshaushalts ab¹⁵.

Ungeachtet dessen halten jedoch sowohl das Parlament in seiner Mehrheit als auch die Regierung an einer baldigen Reprivatisierung fest. In einem Beschluß über die Grundvoraussetzungen der sozialökonomischen Politik für das Jahr 1991¹⁶ hat das Parlament die Reprivatisierung als eine dringliche Aufgabe der Staatspolitik bezeichnet und die Regierung aufgefordert, entsprechende Schritte zur Lösung dieses Problems unter Berücksichtigung sowohl „der Belange der sozialen Gerechtigkeit als auch der realen Möglichkeiten des Staates“ zu ergreifen. Auch in der Bevölkerung mehren sich die Forderungen nach einer baldigen Reprivatisierung: Bis Ende März 1992 sind bei den Ministerien über 9.000 und bei den Woiwodschaftsämtern mehr als 66.000 Reprivatisierungsanträge eingegangen¹⁷.

Bei den Gesetzgebungsarbeiten hat die „Reprivatisierung hinsichtlich der Zahl der bisher eingebrachten Gesetzentwürfe wohl alle Rekorde gebrochen“¹⁸. Seit 1990 sind nämlich schon mehrere Entwürfe ausgearbeitet und fünf davon sogar bis Anfang Mai 1992 ins Parlament eingebracht worden¹⁹. Da jedoch die ersten vier, darunter der in der Tagespresse zur Diskussion veröffentlichte Regierungsentwurf²⁰, in der abgelaufenen Legislaturperiode eingebracht und vom neugewählten Parlament nicht über-

12 Dz.U. 1990, Nr. 84, Pos. 493.

13 Jetzt Art. 18 ff. des UnternehmensG i.d.F. v. 1991, Dz.U. 1991, Nr. 18, Pos. 80.

14 Dz.U. 1991, Nr. 107, Pos. 464.

15 Vgl. die Diskussionen im polnischen Parlament (Anm. 7); I. Lewandowska, Reprivatisierung: große juristische, moralische und finanzielle Probleme (poln.): Rzeczpospolita vom 12. 3. 1991, Beilage, S. IV; M. Krupa, Fünf Entwürfe im Sejm. Wie reprivatisieren (poln.): Rzeczpospolita vom 11. 5. 1992, Beilage, S. XI.

16 Monitor Polski 1991, Nr. 13, Pos. 83.

17 Rzeczpospolita vom 24. 5. 1992.

18 Rzeczpospolita vom 24. 5. 1992, Beilage, S. I.

19 Vgl. Krupa (Anm. 15).

20 Rzeczpospolita vom 4. 7. 1991, Beilage, S. V.

nommen worden sind, steht hiervon praktisch nur noch der Abgeordnetenentwurf vom 3.4.1992, der allerdings dem Regierungsentwurf weitgehend ähnelt, zur Diskussion. Mit einer baldigen Verabschiedung ist aber dennoch nicht zu rechnen, weil inzwischen zwei weitere Entwürfe eingebracht worden sind und die Regierung zur Zeit über einen vom MEU erstellten Entwurf diskutiert²¹.

Angesichts der Vielzahl der unterbreiteten Vorschläge und der Widersprüchlichkeit der hierüber in der Tagespresse veröffentlichten Beiträge sind konkrete Aussagen über den polnischen Reprivatisierungsplan nicht möglich, zumal da die Kernfragen der Reprivatisierung betreffend den Umfang und die Form der Reprivatisierung, den Kreis der Berechtigten, die Art des Verfahrens (Verwaltungsverfahren oder Streitiges bzw. nichtstreitiges Zivilverfahren) u.a. immer noch offen sind. Aus diesem Grunde müssen sich die folgenden Ausführungen auf eine Tendenzanalyse anhand der Pressemeldungen beschränken.

2. Umfang der Reprivatisierung

Nach dem 2. Weltkrieg sind etwa siebzig diverse Gesetze, Dekrete und Verordnungen ergangen, aufgrund derer Privatvermögen enteignet wurde. Die einschneidendsten Maßnahmen enthielten vor allem: das Dekret über die Agrarreform von 1944²², das Dekret über die Übernahme einiger Landgüter für Zwecke der Agrarreform von 1945²³, das Gesetz über die Übernahme der Grundzweige der Volkswirtschaft in das Eigentum des Staates (Nationalisierungsgesetz) von 1946²⁴, das Gesetz über die Verstaatlichung der Apotheken von 1951²⁵ sowie das Gesetz über die Regelung der Rechtslage des unter der staatlichen Verwaltung befindlichen Vermögens von 1958²⁶, aufgrund dessen die nach 1944 gemäß eines rechtswidrig angewandten Dekrets von 1918 der staatlichen Zwangsverwaltung unterstellten Unternehmen eo ipso Eigentum des Staates wurden und das deswegen „kleine Nationalisierung“ genannt wird²⁷. Hinzu kamen noch Sonderregelungen über die Enteignung des deutschen Vermögens, insbesondere das berühmte März-Dekret über verlassenes und vormals deutsches Vermögen von 1946²⁸.

Die Frage, welche Enteignungen von der Reprivatisierung erfaßt werden sollen, ist noch nicht endgültig geklärt. Fest steht lediglich, daß von der Reprivatisierung die Enteignung des deutschen Vermögens ausgeschlossen werden soll und daß die Agrarreform, insbesondere das im Wege dieser Reform den Privatbauern zugewiesene Eigentum, unantastbar bleiben soll. Die allgemeine Tendenz, die in den meisten Entwürfen, namentlich im Regierungsentwurf von 1990 ihren Niederschlag gefunden hat, geht dahin, nur die unter Verletzung geltender Rechtsvorschriften sowie aufgrund von Rechtsvorschriften, die den elementaren Grundsätzen der Gerechtigkeit in eklatanter Weise widersprechen, durchgeführten Enteignungen rückgängig bzw. wiedergutzumachen²⁹. Während die sog. „kleine Nationalisierung“ von 1958 von der Reprivatisierung erfaßt werden soll, soll das durch das Nationalisierungsgesetz von 1946 begangene Unrecht durch die Einlösung des damals (in Art. 3 und 7 dieses Gesetzes) den Enteigneten gegebenen Versprechens einer Entschädigung wiedergutmacht werden.

Von der Reprivatisierung sollen ausgeschlossen werden kriegsbedingte Verluste sowie Ansprüche aus den vor 1939 vom Staat emittierten bzw. garantierten Wertpapieren und aus Reichsmark-Depositen³⁰.

3. Form der Reprivatisierung

Fast alle Vorschläge gehen vom Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung aus, allerdings mit der Einschränkung, daß eine Naturalrestitution nur in klaren und eindeutigen Fällen, in denen sie möglich und namentlich im Hinblick auf den Schutz gutgläubig erworbener Rechte Dritter auch vertretbar ist, in Betracht kommen soll³¹. Von der Rückgabe ausgeschlossen sollen auf jeden Fall Objekte des Denkmalschutzes, sozialer Einrichtungen sowie parzellierter Grund und Boden bleiben.

Die Entschädigung soll in nach von der Regierung festgelegten Kriterien bemessenen „Pauschalwerten“ erfolgen, und zwar durch die Vergabe von Kapitalgutscheinen. Diese Gutscheine sollen als unverzinsliche Inhaberpapiere mit einer zehnjährigen Verjährungsfrist zum Erwerb von Aktien und Beteiligungen an den aus der Umwandlung staatlicher Unternehmen entstandenen Gesellschaften des Staates und der Gemeinden, zum Erwerb von Unternehmen bzw. Unternehmensteilen, Grundstücken aus dem staatlichen Bondenfonds u. dgl. dienen. Auf diese Weise sollen der Staatshaushalt vor übermäßigen Ausgaben geschützt und gleichzeitig die Privatisierung staatlicher Unternehmen vorangetrieben werden.

4. Kreis der Berechtigten

Die meisten Entwürfe schränken den Kreis der Berechtigten auf natürliche Personen polnischer Staatsangehörigkeit mit ständigem Wohnsitz in Polen ein³². Der Vorschlag, auch Angehörige derjenigen Staaten einzubeziehen, die nicht zu den Feindstaaten Polens während des 2. Weltkrieges zählten (so z. B. Bürger der ČSFR), dürfte kaum Aussicht auf Erfolg haben. Bestenfalls dürften in den Kreis der Berechtigten Personen aufgenommen werden, die im Zeitpunkt der Enteignung polnische Staatsangehörige waren (Auslandspolen). Auf keinen Fall sollen hierzu die nach 1944 enteigneten Deutschen gehören.

5. Reprivatisierungsverfahren

Zur Diskussion steht praktisch nur noch die Wahl zwischen dem Verwaltungsverfahren, einschließlich des Ver-

21 Vgl. Anm. 18 und Rzeczpospolita vom 8.6.1992, Beilage, S. I; siehe auch M. Olechowska-Wincel, Es wird kein Füllhorn sein (poln.): Rzeczpospolita vom 29.6.1992, Beilage, S. II.

22 Dz.U. 1944, Nr. 4, Pos. 17.

23 Dz.U. 1945, Nr. 57, Pos. 321.

24 Dz.U. 1946, Nr. 3, Pos. 17.

25 Dz.U. 1951, Nr. 1, Pos. 1.

26 Dz.U. 1958, Nr. 11, Pos. 37.

27 In dem am 4.7.1991 in der Zeitung Rzeczpospolita veröffentlichten Regierungsentwurf sind noch weitere Enteignungsgesetze und -dekrete aufgeführt; vgl. hierzu auch Lewandowska (Anm. 15) und Krupa (Anm. 15).

28 Dz.U. 1946, Nr. 13, Pos. 87.

29 Vgl. Art. 1 und 2 des Regierungsentwurfs (Anm. 20); Lewandowska (Anm. 15); Krupa (Anm. 15); Rzeczpospolita vom 8.6.1992, Beilage, S. I („Reprivatisierungsentwürfe“).

30 Ibidem.

31 Ibidem; D. Frey, Rückkehr zum Eigentum (poln.): Rzeczpospolita vom 19.9.1990.

32 Vgl. die Quellen in Anm. 29 und 31.

waltungsgerichtsverfahrens, nach dem Verwaltungsverfahrensgesetzbuch und dem nichtstreitigen Zivilverfahren nach dem Zivilverfahrensgesetzbuch, wobei nach den letzten Pressemeldungen dem nichtstreitigen Zivilverfahren der Vorrang eingeräumt wird³³.

IV. Vermögensrückgabe in besonderen Fällen

1. An die Kirchen

a) Nach den Gesprächen am Runden Tisch ist im Mai 1989 ein Gesetz über das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche ergangen³⁴, das in einem besonderen Kapitel (Art. 60-71) Vermögensangelegenheiten der katholischen Kirche, darunter die Rückgabe eines Teils des verstaatlichten bzw. beschlagnahmten kirchlichen Vermögens sowie die Entschädigung für Enteignungen umfassend regelt. Diese Regeln sind durch eine Novelle von 1991³⁵ auf weitere Vermögensobjekte ausgedehnt worden.

Das Gesetz sieht zwei Formen der Rückgabe enteigneten bzw. beschlagnahmten Grundvermögens vor, und zwar: den Eigentumserwerb kraft Gesetzes (Art. 60) und die Wiedereinräumung des Eigentumsrechts auf Antrag (Art. 61).

Kraft Gesetzes ist auf kirchliche juristische Personen das Eigentumsrecht an Grundstücken und Grundstücksteilen übergegangen, die sich in ihrem Besitz³⁶ befinden und: früher Eigentum kirchlicher Institutionen (Pfarreien, Diözesen, Klöster u. a.) waren, auf denen sich sakrale Objekte und damit zusammenhängende Gebäude (ausgenommen Garnisonskirchen) befinden oder die aufgrund besonderer Gesetze verstaatlicht wurden.

An anderen verstaatlichten Grundstücken, einschließlich landwirtschaftlicher Grundstücke bis zu einer bestimmten Größe, die früher der Kirche oder kirchlichen Stiftungen gehörten, sich jedoch im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes nicht im Besitz kirchlicher juristischer Personen befinden, ist diesen Personen das Eigentumsrecht auf Antrag wieder einzuräumen. Dadurch dürfen jedoch weder die Vorschriften des Nationalisierungsgesetzes von 1946³⁷ noch die Rechte nichtstaatlicher dritter Personen, insbesondere anderer Kirchen, Bekenntnisverbände und Privatbauern, tangiert werden (Art. 61 Abs. 4).

Die in Art. 61 genannten Grundstücke sind grundsätzlich zurückzugeben; wenn das nicht möglich ist, ist den Berechtigten ein Ersatzgrundstück zuzuweisen bzw. eine Entschädigung nach den Vorschriften über die Grundstücksenteignung³⁸ zu leisten³⁹.

Die aufgrund von Raumzuweisungen abgeschlossenen Mietverträge über kirchliche Grundstücke erlöschen nach Ablauf von zwei Jahren ab dem Inkrafttreten dieses Gesetzes; wenn die Mietverhältnisse nicht (freiwillig) verlängert werden, müssen die Wohn- und gewerblichen Räume freigemacht werden (Art. 66).

Aufgrund des 1991 hinzugefügten Art. 70 a können den in den ehemals deutschen Ostgebieten tätigen kirchlichen juristischen Personen Grundstücke aus dem staatlichen Bodenfonds, einschließlich landwirtschaftlicher Grundstücke bis zu 15 ha für Pfarreien und bis zu 50 ha für Diözesen, Priesterseminare u. a., übereignet werden.

b) Ähnliche, wenngleich nicht so großzügige Regelungen enthält das Gesetz über das Verhältnis des Staates zur

Autokephalen Orthodoxen Kirche von 1991⁴⁰ im Kapitel über die Regelung der Vermögensangelegenheiten der Kirche (Art. 46-50). Auch dieses Gesetz sieht einen Eigentumserwerb kraft Gesetzes in bezug auf Grundstücke, die aufgrund besonderer Gesetze verstaatlicht wurden, sich jedoch im Besitz kirchlicher juristischer Personen befinden (Art. 46), sowie eine unentgeltliche Übertragung von anderen staatlichen Grundstücken auf Antrag kirchlicher juristischer Personen vor (Art. 47). Im zweiten Fall soll das verstaatlichte Grundstück zurückgegeben oder ein Ersatzgrundstück zugewiesen bzw. eine Entschädigung geleistet werden (Art. 48).

2. An Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen

Aufgrund eines Gesetzes über die Rückgabe des Vermögens, das die Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen im Ergebnis der Einführung des Kriegszustandes verloren haben, von 1990⁴¹ unterliegen „sämtliche Vermögensbestandteile“, die den Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen während des Kriegszustandes weggenommen worden sind, der Rückgabe, und zwar auch dann, wenn sie anderen Gewerkschaften oder Organisationseinheiten zugewiesen worden sind. Für abhanden gekommenes oder vernichtetes Vermögen ist eine Entschädigung zu zahlen. Geldbeträge in polnischer Währung sind in einer zum Ausgleich inflationsbedingter Verluste angehobenen Höhe und Geldbeträge in fremder Valuta samt Zinsen (3 % pro Jahr) zu erstatten.

3. Nach dem Verwaltungsverfahrensgesetzbuch (VwVGB)⁴²

Nach Art. 156 § 1 Ziff. 2 VwVGB ist eine Verwaltungsentscheidung, die „ohne Rechtsgrundlage oder unter grober Verletzung des Rechts ergangen ist“, von der zuständigen Verwaltungsbehörde für ungültig zu erklären, und zwar entweder von Amts wegen oder auf Antrag (Art. 157 § 2). Gegen die Ablehnung eines solchen Antrags ist die Berufung zur übergeordneten Behörde nach Art. 127 ff. und im Falle ihrer Erfolglosigkeit die Klage zum Hauptverwaltungsgericht nach Art. 196 ff. zulässig. Da das VwVGB für die Ungültigerklärung von Verwaltungsentscheidungen keine Fristen vorsieht, können aufgrund des Art. 156 § 1 Ziff. 2 auch die nach 1944 durch fehlerhafte Verwaltungsakte vorgenommenen Enteignungen mit der Folge für ungültig erklärt werden, daß das enteignete Vermögen

33 Rzeczpospolita vom 11./12. 4. 1992 und vom 8. 6. 1992 (Anm. 29).

34 Dz.U. 1989, Nr. 29, Pos. 154; hierzu Chronik der Rechtsentwicklung in Osteuropa: ROW 1989, S. 292.

35 Dz.U. 1991, Nr. 107, Pos. 459.

36 Wörtlich: władanie = Herrschaft, Verfügungsgewalt.

37 Wie oben Anm. 24.

38 Art. 46 ff. des Gesetzes über die Bodenwirtschaft und die Grundstücksenteignung von 1985 i. d. F. v. 1991, Dz.U. 1991, Nr. 30, Pos. 127; Nr. 103, Pos. 446 und Nr. 107, Pos. 464.

39 Die Rechtslage verstaatlichter kirchlicher Gesundheitsanstalten soll gemäß Art. 65 durch Vereinbarung zwischen staatlichen und kirchlichen Behörden geregelt werden.

40 Dz.U. 1991, Nr. 66, Pos. 287.

41 Dz.U. 1990, Nr. 4, Pos. 17.

42 Bereinigte Fassung Dz.U. 1980, Nr. 9, Pos. 26 (deutsche Übersetzung: JOR XXII/2. 1981, S. 487 ff.), mehrfach geändert - letzte Änderung: Dz.U. 1991, Nr. 119, Pos. 513.

zurückzugeben ist⁴³. Das gilt allerdings nur für Enteignungen, die durch einen Verwaltungsakt ohne Rechtsgrundlage oder unter grober Verletzung des Rechts, einschließlich der oben (III. 2) erwähnten Enteignungsvorschriften, durchgeführt wurden. Auf diese Weise sind bereits zahlreiche enteignete Vermögensobjekte, vor allem Hotels, Landwirtschaften u.a., den früheren Eigentümern zurückgegeben worden⁴⁴.

4. Vermögensrückgabe im Rahmen der Rehabilitation

a) Nach dem polnischen Strafverfahrensgesetzbuch von 1969⁴⁵ können rechtskräftige Strafentscheidungen sowohl im Wege der Wiederaufnahme des Verfahrens (Art. 474 ff.) als auch durch außerordentliche Revision (Art. 462 ff.) aufgehoben werden; für die Einlegung einer außerordentlichen Revision sind jedoch nur der Justizminister, der Generalstaatsanwalt, der Erste Vorsitzende des Obersten Gerichts und der Bürgerrechtswart zuständig (Art. 464). Bei Erfolg dieser Rechtsmittel werden mit der Aufhebung fehlerhafter Strafurteile auch die als Nebenstrafen ausgesprochenen Vermögenskonfiskationen für ungültig erklärt, so daß das eingezogene Vermögen zurückzugeben bzw. zu entschädigen ist. Polnischen Pressemeldungen zufolge wurden auf diese Weise bereits zahlreiche Verurteilungen samt Vermögenskonfiskationen aus der Zeit nach 1944 aufgehoben⁴⁶.

b) Noch weitergehende Möglichkeiten bietet den nach 1944 politisch Verfolgten ein Gesetz „über die Nichtigerklärung von Entscheidungen, die gegen wegen ihrer Tätigkeit für die Unabhängigkeit des Polnischen Staates verfolgten Personen ergangen sind“, von 1991⁴⁷. Aufgrund dieses Gesetzes werden alle Entscheidungen für nichtig erklärt, die polnische Strafverfolgungsbehörden, Gerichte und „außerordentliche Organe“ wie auch Organe der polnischen Streitkräfte in der ehemaligen UdSSR in der Zeit von 1944 bis Ende 1956 gegen Personen erlassen haben, die für die Unabhängigkeit des Staates gekämpft oder sich der Zwangskollektivierung bzw. den Zwangsablieferungen widersetzt haben. Über die Nichtigerklärung, die „gleichbedeutend mit einem Freispruch ist“, entscheiden die Woiwodschafts- bzw. die Militärbezirksgerichte auf Antrag. Antragberechtigt sind der Verfolgte, seine Verwandten, der Bürgerrechtswart, der Justizminister, der Staatsanwalt sowie die Organisationen politisch Verfolgter. Wird eine Entscheidung für nichtig erklärt, so ist dem Berechtigten gemäß Art. 10 das eingezogene Vermögen zurückzugeben bzw. eine Entschädigung in gleichwertiger Höhe zu leisten. Von diesem Gesetz sind nicht nur rechtswidrige Entscheidungen, sondern auch Entscheidungen betroffen, die aufgrund damals geltender Rechtsvorschriften ergangen sind, sofern der Grund der Entscheidung der Kampf des Berechtigten für die Unabhängigkeit Polens bzw. gegen die Zwangskollektivierung oder die Zwangsablieferung war.

5. Rückgabe von Grundstücken nach dem Enteignungsrecht

Nach Art. 69 des Gesetzes über die Bodennutzung und die Grundstücksenteignung von 1985 i. d. F. v. 1991⁴⁸ ist

ein enteignetes Grundstück dem früheren Eigentümer oder seinem Rechtsnachfolger auf Antrag zurückzugeben, „wenn es für den in der Enteignungsentscheidung bestimmten Zweck entbehrlich geworden ist“⁴⁹. Bei der Rückgabe ist die für die Enteignung geleistete Entschädigung zurückzuzahlen, und zwar in einer zum Ausgleich der inzwischen eingetretenen Geldentwertung festgesetzten Höhe. Das Grundstück ist in dem Zustand zurückzugeben, „in dem es sich im Zeitpunkt der Rückgabe befindet“. Der frühere Eigentümer hat keinen Anspruch auf Ausgleich für eventuell eingetretene Wertminderungen, er kann jedoch in diesem Fall eine entsprechende Herabsetzung der zu leistenden Rückzahlung verlangen. Pressemeldungen zufolge kommen Vermögensrückgaben aufgrund der o.a. Vorschrift nur selten vor, da die neuen Eigentümer, insbesondere die Kommunen und die Genossenschaften, mit verschiedenen Tricks nachzuweisen versuchen, daß das betreffende Grundstück für die Realisierung des seinerzeitigen Enteignungszwecks immer noch benötigt werde⁵⁰.

Dr. Erhardt GRALLA

Slowenien

I. Einführung

In Slowenien wurde am 20. 11. 1991 das Gesetz über die Denationalisierung¹ (im folgenden: DG) verabschiedet, das am 7. 12. 1991 in Kraft getreten ist.

Das Gesetz ist an vielen Stellen mit Generalklauseln versehen, die von den Behörden durch den Vollzug des Gesetzes erst mit greifbaren, konkreten Inhalten ausgefüllt werden müssen. Angesichts der eigentumsrechtlichen Ausgangslage, die sich ebenso darstellt wie in Kroatien², ermöglichen es die Generalklauseln der Verwaltung, die im Einzelfall gerechtesten Lösungen zu finden, die sowohl den Rechten der ehemaligen Eigentümer als auch

43 So der Abgeordnete A. Bondarewski in der Parlamentsdebatte vom 23. 8. 1991: Stenographischer Bericht (Anm. 7), Sp. 387 ff. (391); vgl. auch Lewandowska (Anm. 15).

44 Vgl. Lewandowska (Anm. 15); Rzeczpospolita vom 24. 5. 1992, Beilage, S. I. Nach diesem Bericht wurden von über 9.000 bei verschiedenen Ministerien eingegangenen Reprivatisierungsanträgen bereits 324 positiv beschieden.

45 Deutsche Übersetzung in der Sammlung außerdeutscher Strafgesetzbücher, 1977.

46 Vgl. auch den Bericht des Abgeordneten L. Paprzycki in der Parlamentssitzung vom 23. 2. 1991: Sprawozdanie stenograficzne z 52 posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polski (Stenographischer Bericht über die 52. Sitzung des Parlaments der Republik Polen), Warschau 1991, Sp. 337 ff.

47 Dz.U. 1991, Nr. 34, Pos. 149. Vgl. hierzu die Parlamentsdiskussion im stenographischen Bericht (Anm. 46), Sp. 337 ff.; L. Gardocki, Grundlagen der Rehabilitation nach dem Gesetz vom 23. Februar 1991 (polnisch): Przegląd sądowy, 4/1991, S. 3 ff.

48 Dz.U. 1991, Nr. 30, Pos. 127; Nr. 83, Pos. 373; Nr. 103, Pos. 446; Nr. 107, Pos. 464. Hierzu ist eine Verordnung über die Grundsätze und das Verfahren der Verrechnungen bei der Rückgabe enteigneter Grundstücke ergangen, Dz.U. 1991, Nr. 72, Pos. 315.

49 Vgl. D. Frey, Die Aufhebung von Enteignungen (poln.): Rzeczpospolita vom 30. 6. 1992, Beilage, S. IX.

50 Ibidem.

1 Uradni list – slowenisches Gesetzblatt – Nr. 27/1991, Pos. 1094; siehe auch ROW 1992, 82.

2 Siehe unten S. 333 f.

den schutzwürdigen Interessen Dritter Rechnung tragen. Der Gesetzgeber hat sich damit für eine pragmatische Lösung der Reprivatisierung entschieden, die allerdings auch einige dogmatische Probleme mit sich bringt.

II. Ansprüche nach dem Denationalisierungsgesetz

1. Ein Anspruch auf Reprivatisierung (Denationalisierung = denacionalizacija) steht den natürlichen Personen zu, deren Vermögen aufgrund der Agrarreform, der Beschlagnahme und der Verstaatlichung auf den Staat übergegangen ist. 29 Verstaatlichungsgesetze und sonstige Verstaatlichungsvorschriften, aus denen sich ein Reprivatisierungsanspruch ergeben kann, werden im Denationalisierungsgesetz aufgeführt. Auch natürliche Personen, deren Vermögen aufgrund im Denationalisierungsgesetz nicht aufgeführter Vorschriften, die bis zum Inkrafttreten der jugoslawischen Verfassung von 1963 erlassen wurden, verstaatlicht wurde oder deren Vermögen aufgrund eines unter Anwendung von Drohung, Gewalt oder Hinterlist geschlossenen Rechtsgeschäfts mit einem Staatsorgan oder einem Vertreter der Obrigkeit in das Eigentum des Staates übergegangen ist, haben einen Anspruch auf Reprivatisierung. Juristische Personen, deren Vermögen aufgrund der 29 im Denationalisierungsgesetz aufgeführten Vorschriften verstaatlicht wurde, haben nur dann einen Anspruch auf Reprivatisierung, wenn dies das Gesetz ausdrücklich bestimmt.

2. Bei der Frage, ob die Reprivatisierung durch Rückgabe oder Entschädigung erfolgen soll, entschied sich der Gesetzgeber für den Grundsatz der Naturalrestitution, wobei dieser Anspruch auf Rückgabe in den Fällen, in denen eine solche nicht möglich ist, ersetzt wird durch einen Anspruch auf Entschädigung in Form von Ersatz, Wertpapieren oder Geld (Art. 2 DG). Die Unmöglichkeit der Rückgabe bezieht sich hauptsächlich auf Grundstücke und Gebäude³, die wegen zwischenzeitlich erfolgter rechtlicher und tatsächlicher Veränderungen (Bebauung, Umbau, Abriß und Neubau etc.) nicht mehr im ursprünglichen Zustand zurückgegeben werden können. Für diese Fälle sind im Gesetz auch verschiedene Kompromisse zwischen Rückgabe und Entschädigung vorgesehen, wie z. B. die Rückgabe des Eigentumsrechts, jedoch ohne des Rechts zum Besitz, Rückgabe nur eines Eigentumsanteils und die Wiederherstellung der Beteiligung an juristischen Personen.

3. Nach dem Denationalisierungsgesetz sind nur natürliche Personen, die zum Zeitpunkt der Verstaatlichung ihres Vermögens jugoslawische Staatsangehörige waren oder denen nach dem 9. 5. 1945 die jugoslawische Staatsangehörigkeit durch Gesetz oder durch zwischenstaatliche Verträge zuerkannt wurde, reprivatisierungsberechtigt. Anspruchsinhaber auf Rückgabe des Vermögens von Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften sind die Gesellschafter oder Anteilseigner, sofern sie natürliche Personen sind.

Falls die Berechtigten verstorben sind, geht der Anspruch aus dem Denationalisierungsgesetz auf ihre Erben über.

III. Verfahren

Über den Antrag auf Reprivatisierung entscheiden die Gemeindeverwaltungen bzw. das Finanzministerium über die Rückgabe von Banken, Versicherungsgesellschaften und anderen Finanzinstituten und das Kultusministerium über die Rückgabe von beweglichen Sachen von kultureller, geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung und über die Rückgabe von Kulturdenkmälern.

Für bestimmte Ansprüche, wie z. B. für die Rückgabe von ohne Rechtsgrundlage enteigneter Sachen, sind auch die Gerichte als Ausgangsbehörde zuständig.

Das Reprivatisierungsverfahren wird durch einen Antrag des Berechtigten oder dessen Rechtsnachfolger oder durch eine dritte Person, die ein rechtliches Interesse an dem Verfahren hat, eingeleitet. Daneben besteht die Möglichkeit, das Verfahren von Amts wegen einzuleiten.

Gegen die Entscheidung der Reprivatisierungsbehörde sind Rechtsmittel zulässig.

Ass. jur. Tomislav PINTARIĆ

Kroatien

I. Einleitung

Wie in allen postkommunistischen Staaten Osteuropas stellt sich auch in Kroatien die Frage, wie mit dem während der kommunistischen Herrschaft enteigneten Privatvermögen zu verfahren ist. Einigkeit besteht in Kroatien unter allen an der Diskussion zu dieser Frage beteiligten Parteien darüber, daß eine Privatisierung der Wirtschaft und soweit möglich auch eine Reprivatisierung des enteigneten Vermögens stattfinden soll. Strittig ist allerdings die Art und Weise und das Ausmaß einer solchen Änderung bzw. Wiederherstellung der ehemaligen Eigentumsverhältnisse.

II. Privatisierung

Im jugoslawischen Recht kannte man verschiedene Eigentumsformen, namentlich das staatliche Eigentum, das gesellschaftliche Eigentum und das private Eigentum. Ein Charakteristikum des „jugoslawischen Sonderweges“ war das gesellschaftliche Eigentum. Im Gegensatz zum staatlichen und privaten Eigentum, welches die Herrschaftsgewalt über eine Sache einer bestimmten natürlichen oder juristischen Person oder dem Staat zuordnet, fehlt eine solche Zuordnung bei dem gesellschaftlichen Eigentum. Das gesellschaftliche Eigentum stellt vielmehr eine „rechtliche Beziehung zwischen den arbeitenden Menschen“ dar¹. Über den genauen Inhalt und das dogmatische Profil dieser Eigentumsform findet sich in der jugoslawischen Verfassung keine Aussage. Um so öfter wurde dieses Rechtsinstitut in der jugoslawischen juristischen Literatur behandelt. Die Abhandlungen zu diesem Thema

3 Nach jugoslawischem Recht ist ein Gebäude kein wesentlicher Bestandteil eines Grundstücks. Slowenien wendet das jugoslawische Recht an, soweit es nicht gegen slowenische Gesetze verstößt und solange es nicht durch slowenisches Recht ersetzt wird.

1 Stefan Pürner, Die GmbH als neugeschaffene Form ausländischer Investitionen in Jugoslawien (Diss.), S. 9 m.w.Nachw., Regensburg 1991.

führten/jedoch nicht zu einer Klärung des Begriffs, sondern zu einer Konfusion in Theorie und Praxis².

Aus der Konstruktion des gesellschaftlichen Eigentums ergaben sich im privaten Rechtsverkehr mit Sachen, die dieser Eigentumsform unterlagen, zahlreiche Schwierigkeiten, da diese Eigentumsform eines klaren dogmatischen Fundaments entbehrte.

Allein die Anwendung des Rechtssatzes „nemo plus iuris in alium transferre potest quam ipse habet“ (niemand kann einem anderen mehr Rechte übertragen, als er selbst hat) wirft bereits die Frage auf, ob eine im gesellschaftlichen Eigentum stehende Sache in der Weise veräußert werden kann, daß ein anderer an ihr privates Eigentum erwirbt³.

Jugoslawien hat 1990 damit begonnen, das gesellschaftliche Eigentum aus seinem Rechtssystem zu entfernen, und Kroatien verzichtete in der Verfassung von 1990 gänzlich auf diese Eigentumsform. Der Privatisierungsprozeß hat nun zum Ziel, daß das Privateigentum die regelmäßige Eigentumsform darstellt und der Staat nur in Ausnahmefällen als Eigentümer in Erscheinung tritt.

Im Zentrum des Prozesses der Privatisierung steht gegenwärtig das Umwandlungsgesetz vom 18. 4. 1991⁴. Danach hatten alle gesellschaftlichen (staatlichen) und gemischten (teils in gesellschaftlichem, teils in privatem Eigentum stehenden) Unternehmen die Möglichkeit, sich bis spätestens 30. 6. 1992 aus eigener Initiative und in eigener Regie in Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung umzuwandeln. Die Agentur für Umbau und Entwicklung⁵ (im folgenden Agentur) beaufsichtigte die Umwandlung und erteilte dem Unternehmen nach Prüfung des vom Unternehmen vorgelegten Umwandlungsplanes und der anderen notwendigen Unterlagen das erforderliche Einverständnis zur Umwandlung. Für die Unternehmen, die sich bis zum 30. 6. 1992 nicht selbständig umgewandelt haben, wird die Agentur die Umwandlung vornehmen.

Ein Unternehmen kann auf folgende Weise in eine Aktiengesellschaft oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt oder privatisiert werden, wobei die vier Methoden auch miteinander kombiniert werden können:

- (1) Verkauf des Unternehmens oder eines ideellen Teils des Unternehmens.
- (2) Investition von Kapital in das Unternehmen (Rekapitalisation).
- (3) Umwandlung der bereits getätigten vertragsgemäßen Investitionen in das Unternehmen und Forderungen gegen das Unternehmen in Einlagen in das Unternehmen.
- (4) Übertragung aller Aktien bzw. Geschäftsanteile auf die Renten- und Invalidenfonds und auf den Entwicklungsfonds⁶ ohne Gegenleistung.

Allen vier Umwandlungsmethoden ist gemeinsam, daß vor bzw. im Zuge der Umwandlung das Unternehmen die Form einer Kapitalgesellschaft annimmt und das Eigentum an dem Unternehmen bestimmten Rechtssubjekten (nicht dem „Staat“ oder der „Gesellschaft“, sondern den Aktionären oder GmbH-Gesellschaftern) zugeordnet wird. Mit den vier Methoden kann den unterschiedlichen

wirtschaftlichen Verhältnissen der Unternehmen Rechnung getragen und versucht werden, wirtschaftlich schwache Unternehmen, beispielsweise durch Zufuhr von neuem Kapital, zu retten. Unternehmen, die nicht mehr saniert werden können, werden liquidiert oder zum Konkurs angemeldet. Der Erlös aus dem Verkauf der Unternehmen und die Aktien und Geschäftsanteile der umgewandelten Unternehmen werden dem Entwicklungsfonds zugeführt. Der Entwicklungsfonds hat die Pflicht, alle Aktien und Geschäftsanteile zum Verkauf an alle Interessenten, auch an ausländische, entsprechend dem Umwandlungsgesetz anzubieten.

III. Reprivatisierung

Durch die Privatisierung wird eine Entstaatlichung der Wirtschaft erreicht, die notwendig ist, um eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb zu installieren. Durch die Privatisierung ist freilich noch keine Re-Privatisierung erreicht, durch die die Eigentümerposition der ehemaligen Eigentümer der verstaatlichten oder beschlagnahmten Vermögenswerte wiederhergestellt wird.

In Kroatien besteht ein Konsens in allen Parteien und in der Öffentlichkeit darüber, daß eine Reprivatisierung durchzuführen ist. Durch ein entsprechendes Reprivatisierungsgesetz soll einerseits das an den ehemaligen Eigentümern begangene, ideologisch bedingte Unrecht wiedergutmacht werden und zum anderen soll durch sie das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem mit dem nunmehr verfassungsmäßig garantierten Schutz des Privateigentums gefördert werden. In diesem Zusammenhang ist die Frage, ob die Reprivatisierung durch Rückgabe der enteigneten Vermögenswerte oder durch Gewährung einer Entschädigung in Geld bzw. in Form von Ersatzleistungen geschehen soll, von größter Bedeutung.

1. Stand der Diskussion

Wie verschiedenen Beiträgen in den kroatischen Tageszeitungen und den juristischen Zeitschriften zu entnehmen ist, soll die Reprivatisierung so weit als möglich nach dem Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung abgewickelt werden⁷. Um zunächst festzustellen, in welchem Umfang mit Rückübereignungs- oder Entschädigungsansprüchen zu rechnen ist, hat die kroatische Regierung bereits am 14. 5. 1991 eine Verordnung über das Register über ehemalige Eigentümer und beschlagnahmtes Eigentum erlassen⁸. Die Verordnung schreibt vor, daß alle ehemaligen Eigentümer bzw. deren Rechtsnachfolger bis zum 19. 9. 1991⁹ ihr aufgrund von Enteignungsgesetzen¹⁰ oder

² A.a.O., S. 10 m.w.Nachw.

³ A.a.O., S. 11.

⁴ Zakon o pretvorbi društvenih poduzeća (Gesetz über die Umwandlung gesellschaftlicher Unternehmen), Narodne novine (N.n.), Nr. 19/1991, Pos. 590; siehe auch ROW 1990, S. 209.

⁵ Zakon o agenciji Republike Hrvatske za restrukturiranje i razvoj (Gesetz über die Agentur der Republik Kroatien für Umbau und Entwicklung), N.n. Nr. 29/1991, Pos. 834.

⁶ Zakon o Hrvatskom fondu za razvoj (Gesetz über den kroatischen Entwicklungsfonds), N.n. Nr. 29/1991, Pos. 835.

⁷ Jadranko Crnić, Was tun mit dem gesellschaftlichen Eigentum (kroat.), in Privreda i pravo: 1991, Nr. 7-8, S. 393, 396.

⁸ N.n. Nr. 23/1991, Pos. 686.

⁹ Nicht gebunden an diese Frist sind natürliche Personen, die im Ausland leben.

¹⁰ In der Verordnung werden 23 Enteignungsvorschriften genannt.

ohne gesetzliche Grundlage enteignetes Eigentum anzumelden haben. Im Zusammenhang mit der Rückgabe von enteignetem Eigentum werden in Kroatien nun insbesondere folgende Probleme diskutiert¹¹:

a) Rückgabe von Wohngebäuden und gewerblichen Immobilien

In Jugoslawien¹² galt nicht der Grundsatz, daß die mit dem Grundstück fest verbundenen Sachen das rechtliche Schicksal des Grundstücks teilen, also wesentlicher Bestandteil des Grundstücks sind. Der Erwerb des Eigentums an einem Gebäude ohne den Erwerb des Eigentums an dem entsprechenden Grundstück ist danach möglich. Außerdem wurde nach jugoslawischem Recht den Bewohnern von staatlichen Wohnungen ein sogenanntes „Wohnrecht“ erteilt. Sie besaßen also nicht die rechtliche Stellung eines Mieters, sondern die eines „Wohnrechtinhabers“, welche schon fast der eines Eigentümers gleichkam, da der Wohnrechtinhaber nicht „gekündigt“ werden konnte und sein Wohnrecht im Falle seines Todes an Familienangehörige übergehen konnte¹³. Durch die Rückgabe des Eigentums an Wohngebäuden könnten Personen, die auf die oben geschilderte Rechtslage vertrauten, unvermeidbare Nachteile erwachsen. Zu denken wäre hier in erste Linie an folgende Fälle:

- Wohnrechtinhaber, die teilweise seit Jahrzehnten in einer Wohnung wohnen, würden nun zu Mietern. Mangels eines Mieterschutzrechts könnten diese Mietverhältnisse ohne Kündigungsfrist gekündigt werden. Hier ist die Schaffung von Schutzrechten für die Mieter notwendig.
- Wohnrechtinhaber haben ihre Wohnungen, die vom Staat aus Mangel an Mitteln nicht instand gehalten wurden, im Vertrauen auf ihr Wohnrecht mit eigenen Mitteln saniert und modernisiert. Diese Investitionen sollen dem Wohnrechtinhaber vom Staat ersetzt werden.
- Viele Häuser wurden umgebaut und dadurch in ihrer Bausubstanz stark verändert. Diese Objekte können in zumutbarer Weise nicht in den früheren Zustand gebracht werden. Eine Lösung soll in solchen Fällen über die zivilrechtlichen Vorschriften über die Vermischung und Verbindung gesucht werden.
- Der gutgläubige Erwerber von Immobilien soll geschützt werden. Der ehemalige Eigentümer soll bei gutgläubigem Erwerb durch Dritte entschädigt werden. Das gleiche gilt, wenn sein Gebäude abgerissen wurde.
- Gewerbliche Räume wurden vom Staat verpachtet. Hier ist ein Kündigungsrecht des ehemaligen Eigentümers notwendig, das auch den Schutz des Vertrauens des Pächters im Auge behält.

b) Rückgabe von landwirtschaftlichen Grundstücken

Bei der Rückgabe von landwirtschaftlichen Grundstücken wird es für unvermeidbar gehalten, den jetzigen Eigentümern, denen das Land zugeteilt wurde, nach Jahrzehnten das Land wieder zu entziehen. Da die Größe der landwirtschaftlichen Fläche für die private Nutzung begrenzt war, würden durch die Rückgabe des Landes eine Vielzahl von Klein- und Nebenerwerbslandwirten ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. In diesen Fällen soll der ehemalige Eigentümer entschädigt werden. Bei in gesellschaftlichem

Eigentum befindlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften soll sowohl die Rückgabe als auch die Entschädigung durch Übertragung von Aktien der Genossenschaft oder durch Geld möglich sein.

c) Fazit

In der Diskussion über die Reprivatisierung ist deutlich der Wunsch zu spüren, über dem Grundsatz der Rückgabe vor Entschädigung nicht die berechtigten Interessen derer zu vergessen, die durch die Rückgabe unangemessen benachteiligt werden könnten. Die Suche nach einer möglichst gerechten Lösung wird auch dadurch erschwert, daß der Staat, der als Rechtsnachfolger der für die Enteignung verantwortlichen SFR Jugoslawien den ehemaligen Eigentümern gegenüber in der Schuld steht, über nur begrenzte Mittel verfügt.

2. Reprivatisierung von Unternehmen

Das Umwandlungsgesetz spricht von einer Reprivatisierung, d.h. von der Berücksichtigung der ehemaligen Eigentümer, nur an einer Stelle. In Art. 5 Ziff. 8 heißt es dort:

„Im Wege der Umwandlung können am Unternehmen Eigentum erlangen:

8. die ehemaligen Eigentümer, denen der Kroatische Entwicklungsfonds als Entschädigung für das, was ihnen nach dem 15. 5. 1945 beschlagnahmt wurde, Aktien oder Geschäftsanteile überträgt“.

Hier wird in dem Gesetz in bezug auf jene, die durch Verstaatlichung oder auf andere Weise ihr Eigentum verloren, von einer Möglichkeit gesprochen, vom Entwicklungsfonds Aktien und Geschäftsanteile, die sich aufgrund der Umwandlung in seinen Händen befinden, als Entschädigung zu erlangen. Das Umwandlungsgesetz gibt den ehemaligen Eigentümern aber keinen Rechtsanspruch auf die Übertragung der Eigentümerrechte. Da das geplante Denationalisierungsgesetz, dem die Regelung der Frage der Reprivatisierung und der Formulierung eines entsprechenden Rechtsanspruchs der ehemaligen Eigentümer vorbehalten bleibt, noch nicht verabschiedet ist, könnte das Umwandlungsgesetz zu dieser Frage auch keine weiteren Aussagen treffen¹⁴.

Eine wesentliche Rolle bei der Reprivatisierung von Unternehmen wird also der Entwicklungsfonds spielen. Entsprechend dem noch zu erlassenden Denationalisierungsgesetz wird der Entwicklungsfonds den Berechtigten Aktien und Geschäftsanteile übertragen müssen. Problematisch in bezug auf die Rückgabe werden jene Fälle wer-

11 Zu den rechtlichen und gesellschaftlichen Problemen der Rückgabe von enteignetem Eigentum siehe *Crnje* (Anm. 7), S. 391ff.

12 Kroatien hat das jugoslawische Recht übernommen, soweit es der kroatischen Verfassung und den kroatischen Gesetzen nicht widerspricht; die vor der Unabhängigkeitserklärung vom 25. 6. 1991 erlassenen Bundesgesetze sollen nur solange gelten, bis sie vom kroatischen Parlament außer Kraft gesetzt werden; ROW 1991, S. 270.

13 Das „Wohnrecht“ ist geregelt im Gesetz über die Wohnungsverhältnisse (*Zakon o stanbenim odnosima*), N.N. Nr. 51/1981, 42/1986, 37/1988.

14 *Jaksa Barbic*, Die Umwandlung von gesellschaftlichen Unternehmen in der Republik Kroatien (kroat.), in *Privreda i pravo* 1991, Nr. 5-6, S. 255.

den, in denen das Unternehmen bereits im ganzen oder teilweise bzw. sämtliche Aktien und Geschäftsanteile des Unternehmens bereits vom Entwicklungsfonds verkauft wurden. In diesen Fällen wird für die ehemaligen Eigentümer wohl nur eine Entschädigung in Geld in Frage kommen.

IV. Entwurf eines Denationalisierungsgesetzes (Reprivatisierungsgesetz)

Bereits im Frühjahr 1991 lag dem kroatischen Parlament der Entwurf eines Denationalisierungsgesetzes vor. Nach einer lebhaften Debatte wurde die Verabschiedung des Gesetzes jedoch - wohl nicht zuletzt wegen der für den sozialen Frieden delikaten Materie zum Zeitpunkt einer militärischen Bedrohung des jungen Staates - verschoben. In seiner Sitzung vom 7. und 8. Mai 1992 hatte sich das Parlament erneut mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Denationalisierung von Liegenschaften¹⁵ zu befassen. Da das Gesetz erneut nicht zur Verabschiedung kam, ist mit einer solchen frühestens im Winter 1992/93, nach Konstituierung eines neuen, aus den Wahlen vom 2. 8. 1992 hervorgegangenen Parlaments zu rechnen.

Der Gesetzentwurf spricht sich für den Grundsatz der Naturalrestitution aus, also für die grundsätzliche Rückgabe des Eigentums an Liegenschaften an die früheren Eigentümer, dort wo das rechtlich und tatsächlich möglich ist, und für den Grundsatz der Entschädigung für all jene Fälle, wo die Rückgabe aus irgendeinem Grund nicht möglich ist. Gegenstand des Denationalisierungsgesetzes sind Gebäude, Grundstücke, Unternehmen und Schiffe.

Die Reprivatisierung soll kraft Gesetzes in der Weise erfolgen, daß am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes alle enteigneten Immobilien wieder in das Eigentum der ehemaligen Eigentümer übergehen bzw. die ehemaligen Eigentümer einen Entschädigungsanspruch erwerben. Der dem ehemaligen und erneuten Eigentümer zu erteilende Bescheid über die Rückgabe des Eigentums soll nur deklaratorische Wirkung haben, d.h. er stellt nur fest, daß das Staatseigentum oder das gesellschaftliche Eigentum aufgehoben wurde und daß die betreffende Liegenschaft in das Eigentum des ehemaligen Eigentümers zurückgekehrt ist.

Diese Regelung über die gesetzliche Rücküberweisung ist mißverständlich. Zwar soll nach Art. 1 des Gesetzentwurfes das Eigentum kraft Gesetzes am Tag des Inkrafttretens auf den Eigentümer übergehen, doch ist der ehemalige Eigentümer dennoch gezwungen, binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes ein Denationalisierungsverfahren gemäß Art. 21 zu beantragen. Versäumt er diese Frist oder wird der Denationalisierungsantrag negativ beschieden, fällt das Eigentum an den Liegenschaften an den Staat. Somit ist der Bescheid, der die Reprivatisierung feststellt, zwar formal deklaratorisch, faktisch hat er aber eine konstitutive Wirkung, da ohne ihn die Rückgabe oder die Entschädigung ausbleibt. Sinnvoller wäre es dann, auf die Reprivatisierung durch gesetzliche Rücküberweisung zu verzichten und die Rückgabe oder Entschädigung direkt von einem Bescheid abhängig zu machen, der das Eigentum überträgt oder die Entschädigung gewährt, nachdem in einem Verwaltungsverfahren das Bestehen eines entsprechenden Anspruchs festgestellt wurde.

Reprivatisierungsfähig wären nach dem Gesetzentwurf Liegenschaften, die aufgrund der im Gesetz aufgeführten 28 Enteignungsgesetze verstaatlicht wurden. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen entsprechend auf Verstaatlichungen angewendet werden, die aufgrund von Gerichtsurteilen, Beschlüssen, Bescheiden und anderen Akten der Militär- und Zivilorgane erfolgten und auf Beschlagnahmen von Liegenschaften, die ohne Rechtsgrund erfolgten.

Die nach der Verstaatlichung erlangten Rechte Dritter sollen geschützt werden. Diese Schutzbestimmungen beziehen sich auf die oben (III. 1.) genannten Einwände aus der öffentlichen Diskussion. Bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts (also bei Staatsorganen und gesellschaftseigenen Unternehmen) wird der Schutz jedoch nur dann gewährt, wenn die Rechte nicht unentgeltlich erworben wurden.

Gegen einen ablehnenden Bescheid sieht der Gesetzentwurf die Möglichkeit der Klage mit Berufung und Revision vor.

Art und Höhe der Entschädigung, die nach dem Gesetzentwurf zu leisten ist, bleiben der Regelung durch ein gesondertes Gesetz vorbehalten.

Ass. jur. Tomislav PINTARIĆ

Rumänien

I. Allgemeines

Das rumänische Konzept zur Privatisierung der vergesellschafteten Wirtschaft sieht eine Wiederherstellung früherer Eigentumsverhältnisse nur in sehr begrenztem Maße vor. Die Rückgabe von Eigentum an die früheren Inhaber erfolgt nach dem heute geltenden Recht nur im Rahmen der Privatisierung der vergenossenschafteten Landwirtschaft. Eine Entschädigung in Form von Aktien oder Geschäftsanteilen erhalten diejenigen, deren Boden in das Eigentum staatlicher Landwirtschaftsbetriebe übergegangen ist, nach deren Umwandlung in Kapitalgesellschaften (AG oder GmbH). Darüber hinaus ist nach dem heutigen Stand der Gesetzgebung weder eine Rückgabe von Eigentum noch eine Gewährung von Entschädigung für früheren Eigentumsverlust vorgesehen.

II. Privatisierung der staatlichen Wirtschaft

Die Privatisierung der staatlichen Wirtschaft vollzieht sich in zwei Etappen:

1. Umwandlung der Staatsunternehmen in Kapitalgesellschaften;
2. Überführung des zunächst in den Händen des Staates befindlichen Kapitals in das Eigentum natürlicher und juristischer Personen (Privatisierung).

Das „Gesetz über die Umwandlung staatlicher Wirtschaftseinheiten in autonome Regiebetriebe und Handelsgesellschaften“ (Umwandlungsgesetz) vom 7. 8. 1990¹ sieht die Umwandlung der Staatsunternehmen in AG oder GmbH innerhalb von sechs Monaten vor (für land-

¹⁵ Der Text des Gesetzentwurfes ist abgedruckt in Informator Nr. 3988 vom 27.5.1992, S. 13f.

¹ Monitorul Oficial (M.Of.) Nr. 98 vom 8. 8. 1990.

wirtschaftliche Staatsbetriebe gilt eine Frist von neun Monaten). Lediglich strategisch wichtige Bereiche (Rüstung, Energiewirtschaft, Bergbau, Post, Eisenbahn) bleiben sogenannten autonomen Regiebetrieben der öffentlichen Hand vorbehalten, die nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der finanziellen Autonomie tätig sind. Zum Zweck der Feststellung des jeweiligen Gesellschaftskapitals war das Vermögen der einzelnen Staatsunternehmen zu inventarisieren und neu zu bewerten (Regierungsverordnung vom 11. 8. 1990)².

Da die obengenannten Umwandlungsfristen nicht eingehalten werden konnten, wurde das Privatisierungsgesetz erst am 14. 8. 1991³ verabschiedet. Die Privatisierung erfolgt zum einen durch die kostenlose Übertragung eines Teils von 30 % des Kapitals der umgewandelten Kapitalgesellschaften auf die Bevölkerung und zum anderen durch den Verkauf des restlichen staatlichen Kapitals (70 %). Das Gesetz sieht die Gründung von fünf „Privateigentumsfonds“ als AG vor, die den genannten Anteil von 30 % des Kapitals der Gesellschaften übernehmen und für alle volljährigen Staatsbürger mit Wohnsitz im Inland „Eigentumszertifikate“ als Inhaberpapiere ausstellen, die durch die Landesagentur für Privatisierung verteilt werden. Die Zertifikate begründen ein Recht auf Dividende und können (nur) an inländische natürliche und juristische Personen verkauft, vor allem aber gegen Aktien oder Geschäftsanteile von Handelsgesellschaften eingewechselt werden (kostenlose Privatisierung). Nach fünf Jahren endet die Tätigkeit der Fonds; sie bestehen jedoch als AG nach allgemeinem Recht fort (meist: Investmentgesellschaften). Inhaber nicht verwerteter Zertifikate werden Aktionäre; ihre Zertifikate gelten dann als Aktien dieser Gesellschaften.

Ein „Staatseigentumsfonds“ übernimmt als Behörde die übrigen 70 % des Kapitals. Dieser Anteil ist durch Verkauf von Aktien oder Geschäftsanteilen an in- und ausländische natürliche und juristische Personen ebenfalls zu privatisieren. Dabei werden Arbeitnehmer der jeweiligen Handelsgesellschaften bevorzugt. Nach sieben Jahren ist über eine weitere Tätigkeit dieses Fonds erneut zu entscheiden.

Abweichend von diesen Regelungen können einzelne Gesellschaften durch die Landesagentur für Privatisierung im Wege des Verkaufs von Aktien vorweg, d. h. vor Gründung der o. g. Fonds privatisiert werden (höchstens 0,5 % aller Gesellschaften). Vorgesehen ist auch ein Verkauf von dieser Agentur noch festzulegender eigenständiger Betriebsteile bestimmter Arten von Gesellschaften.

Eine Rückgabe verstaatlichter Industriebetriebe an ihre früheren Eigentümer ist im Privatisierungsgesetz ebenso wenig vorgesehen wie die Gewährung von Entschädigungen an die früheren Eigentümer.

III. Eigentumsrückgabe im Zuge der Privatisierung der vergenossenschafteten Landwirtschaft

Die Privatisierung der vergenossenschafteten Landwirtschaft regelt das Gesetz über den Bodenfonds (Bodengesetz) vom 19. 2. 1991⁴. Es sieht die „Wiederherstellung“ („Rekonstitution“) wie auch die Begründung von Privateigentum an Grund und Boden der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vor. Einen Anspruch auf

Eigentumsübertragung haben zunächst die LPG-Mitglieder, die mit eigenem Boden in die LPG eingetreten sind, und deren Erben, aber auch diejenigen, die ohne eigenen Boden der LPG beigetreten sind, und andere im Gesetz bezeichnete Berechtigte, z. B. auch Kirchengemeinden.

Die Angehörigen der deutschen Minderheit und andere Bürger, die nach 1944 verschleppt oder enteignet wurden, z. B. durch die Bodenreform von 1945, erhalten Bodeneigentum aus „Reserven“. Jeder Berechtigte erhält mindestens 0,5 ha Boden, wobei einer Familie – im gemeinsamen Haushalt lebende Ehegatten und nicht verheiratete Kinder – höchstens zehn ha zugewiesen werden können. Reicht der Boden einer LPG für die Anspruchsberechtigten nicht aus, so ist die Größe der zuzuweisenden Flächen anteilsmäßig herabzusetzen (Art. 8–10).

Die Anträge auf Rückübertragung oder Übertragung von Bodeneigentum mußten innerhalb einer Frist von 45 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes gestellt werden⁵. Dabei war und ist zu berücksichtigen, daß nach dem Bodengesetz nur rumänische Staatsbürger und rumänische juristische Personen mit Wohnsitz bzw. Sitz im Inland Bodeneigentum in Rumänien erwerben können (Art. 47). Dieser Grundsatz ist auch in Art. 41 Abs. 2 Satz 2 der neuen Verfassung vom 21. 11. 1991⁶ verankert worden.

Für das Verfahren sind Ausschüsse („Kommissionen“) der Gemeinden, Städte und Munizipien zuständig, die vom Präfekten (dem Vertreter der Regierung im Kreis) eingesetzt, von den jeweiligen Bürgermeistern geleitet und von entsprechenden Kreisausschüssen überwacht werden. Die Kreisausschüsse ihrerseits werden von der Präfektur eingesetzt und vom Präfekten geleitet. Gegen Entscheidungen eines örtlichen Ausschusses kann Beschwerde beim Kreisausschuß erhoben werden, dessen Entscheidung wiederum vor dem Gericht angefochten werden kann, in dessen Zuständigkeitsbereich das strittige Grundstück gelegen ist (Art. 11).

Berichten von Augenzeugen zufolge soll die praktische Durchführung der o. g. Regelungen des Bodengesetzes vielfach unter untergeordneten Bedingungen erfolgt sein, wobei es mitunter auch zu dramatischen Vorfällen gekommen sein soll. Einheitliche Kriterien und Maßstäbe, nach denen in der Praxis in Zweifelsfällen über die erhobenen Ansprüche und gegebenenfalls über Lage und Größe der auf die Antragsteller zurückzuübertragenden oder zu übertragenden Bodenflächen zu entscheiden war, sind nicht zu ermitteln⁷.

2 Regierungsverordnung Nr. 945 vom 11. 8. 1990: M.Of. Nr. 100 vom 15. 8. 1990.

3 Gesetz Nr. 58 vom 14. 8. 1991 über die Privatisierung der Handelsgesellschaften: M.Of. Nr. 169 vom 16. 8. 1991.

4 M.Of. Nr. 37 vom 20. 2. 1991; vgl. auch Regierungsverordnung Nr. 131 vom 27. 2. 1991 zur Ausführung des Bodengesetzes: M.Of. Nr. 43 vom 4. 3. 1991.

5 Die ursprünglich vorgesehene Frist von 30 Tagen (Art. 10 Abs. 4, 36 Abs. 2 und 93 Abs. 1) wurde durch Gesetz Nr. 29 vom 21. 3. 1991 (M.Of. Nr. 59 vom 22. 3. 1991) auf 45 Tage verlängert.

6 M.Of. Nr. 233 vom 21. 11. 1991; Übersetzung: JOR XXXIII/1, 1992.

7 Über Schwierigkeiten und Benachteiligungen der deutschen Minderheit bei der Ausführung des Bodengesetzes berichten die Siebenbürgische Zeitung (München) vom 15. 3. 1991 auf Seite 2 und vom 30. 4. 1992 auf Seite 1 sowie die Süddeutsche Zeitung vom 22. 4. 1992 (Nr. 93) auf Seite 2.

IV. Entschädigung und Eigentumsrückgabe im Zuge der Privatisierung des staatlichen landwirtschaftlichen Bodens

Personen, deren Eigentum an landwirtschaftlichem Boden durch Sondergesetze, so insbesondere die Bodenreform von 1945 (nicht jedoch durch reguläre Einzelenteignungen) entzogen und staatlichen Landwirtschaftsbetrieben zugewiesen wurde, können nach dem Bodengesetz auf Antrag Aktionäre bzw. Gesellschafter der daraus - nach dem Umwandlungsgesetz - hervorgegangenen Kapitalgesellschaften werden. Dasselbe Recht steht auch den Erben der unmittelbar Betroffenen zu. Die Anzahl der zu gewährenden Aktien muß dem Wert des vom Staat übernommenen Ackerbodens entsprechen, wobei der Wert von zehn ha Boden je Familie nicht überschritten werden darf. Anträge sind an das örtlich zuständige Bürgermeisteramt zu stellen, und zwar ebenfalls innerhalb einer Frist von 45 Tagen seit Inkrafttreten des Bodengesetzes (Art. 36)⁸.

Landwirtschaftlicher Boden, der zwar vom Staat übernommen wurde, jedoch unbebaut geblieben und auch nicht mit Einrichtungen von öffentlichem Interesse versehen worden ist, wird den früheren Eigentümern oder deren Erben zurückübertragen, höchstens jedoch zehn ha Ackerfläche je Familie. Hierüber entscheidet die Präfektur des Kreises auf Vorschlag des betreffenden Bürgermeisteramtes. Im übrigen gelten hierfür die o.g. Regelungen betreffend des Bodens der LPG (Art. 37).

V. Rückgabe enteigneter Immobilien?

Ein besonderes Problem stellt die Rückgabe der enteigneten Immobilien an die früheren Privateigentümer dar. Eine gesetzliche Regelung ist bislang hierzu nicht erfolgt. Pressemeldungen vom Oktober 1990 war zunächst zu entnehmen, daß die Frage zumindest in einer der beiden Kammern des Parlaments - dem Senat - erörtert worden ist. Ein Gesetzentwurf der Regierung, der die Rückgabe zweier im Jahre 1979 enteigneten Häuser an die früheren Eigentümer - Angehörige der seinerzeitigen lokalen „Nomenklatura“ - vorsah, wurde von drei Senatsausschüssen „geprüft und zurückgewiesen“. Im Senat wurde darauf hingewiesen, daß während der gesamten Zeit der kommunistischen Diktatur zahlreiche rechtswidrige Enteignungen von Immobilien stattgefunden hätten und daß aus diesem Grunde eine allgemeine gesetzliche Regelung zur „Wiedergutmachung“ erforderlich sei. Der Senat billigte die ablehnenden Berichte der Ausschüsse und forderte die Regierung auf, eine „Gesamtregelung“ zur Rückgabe enteigneter Immobilien an die früheren Eigentümer vorzubereiten⁹.

Einer neueren Pressemeldung zufolge sind erst kürzlich Abordnungen von Mietern verstaatlichter Wohnungen wie auch der ehemaligen Hauseigentümer vom Premierminister empfangen worden, um über die Bildung einer Arbeitsgruppe zu beraten, der auch Vertreter des Justizministeriums und des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen angehören sollen. Die Arbeitsgruppe soll Vorschläge für einen Gesetzentwurf ausarbeiten, der eine „Wiedergutmachung“ zugunsten der früheren Hauseigentümer vorsieht, zugleich aber auch die Interessen der gegenwärtigen Mieter der betroffenen Immobilien berücksichtigt¹⁰. Hieraus darf geschlossen werden, daß

eine endgültige gesetzliche Regelung dieser Frage noch einige Zeit auf sich warten lassen wird.

Dr. Peter LEONHARDT

Rußland

1. Privatisierung

Der Zusammenbruch des politischen Systems in der ehemaligen UdSSR hatte neben politischen Gründen vorwiegend wirtschaftliche Ursachen. Eine Reform des Systems war nur über die Reform des Wirtschaftssystems möglich. Die Regierung Gorbachev hatte zwar erkannt, daß eine Wirtschaftsreform unumgänglich war, verband sie jedoch mit dem gleichzeitigen Erhalt des alten überkommenen politischen Systems. Die Entwicklung des Staates hat nunmehr gezeigt, daß eine so verstandene Wirtschaftspolitik, die marktwirtschaftliche Freiheiten mit der Pression des politischen Systems zu verbinden suchte, nicht überlebensfähig ist.

Die Anfänge der Privatisierung stammen aus diesem ersten Versuch, ein neues Wirtschaftskonzept zu erarbeiten, und folgerichtig wurden die Fehler der politischen Konzeption übernommen.

So wurde 1991 vom Obersten Sowjet der UdSSR ein Gesetz „Über die Grundprinzipien der Entstaatlichung und der Privatisierung der Betriebe“¹ erlassen. Hauptinhalt war die Errichtung eines staatlichen Vermögensfonds, der die Voraussetzungen und das organisatorische Prozedere der Privatisierung erarbeiten sollte. Zur Privatisierung standen bis auf wenige Ausnahmen alle Betriebe zur Verfügung, die sich im Staatsbesitz - sei es der Union, der Republiken oder anderer territorialer Verwaltungseinheiten - befanden. Die Art der Privatisierung sollte durch Verkauf an In- und Ausländer, vor allem aber auf dem Pachtwege realisiert werden.

Diesem Unionsgesetz folgten die Privatisierungsgesetze der ehemaligen Unionsrepubliken, die auch heute noch in Geltung sind und die Grundlage der Privatisierung bilden. So erließ die RSFSR zunächst ein Gesetz „Über die Privatisierung staatlicher und kommunaler Unternehmen“². Geregelt wird der private Erwerb staatlicher bzw. kommunaler Unternehmen, einschließlich der materiellen und immateriellen Aktiva, wie Patente und Lizenzen. Als Grundlage der Privatisierung wird vom Ministerrat und dem Obersten Sowjet der RSFSR ein zunächst auf drei Jahre befristetes Privatisierungsprogramm beschlossen. Sein Hauptinhalt ist die gruppenweise Feststellung von Privatisierungsobjekten. Diese Gruppen werden durch Komitees für die untergeordneten Verwaltungseinheiten aufgeschlüsselt, die wiederum Unterabteilungen bis zur Gemeindeebene bilden.

Das Recht auf Initiative zur Privatisierung haben nahezu alle staatlichen Verwaltungseinrichtungen, die

⁸ Auch hier gilt das oben bei Fußnote 5 Gesagte.

⁹ Neuer Weg (Bukarest) Nr. 12.844 vom 25. 10. 1990, S. 1.

¹⁰ Neuer Weg Nr. 13.223 vom 25. 4. 1992, S. 1.

¹ Izvestija vom 8.8.1991.

² VSND RSFSR Nr. 27/1991, Art. 927.

Arbeitskollektive (mindestens 50 % der Arbeitnehmer), die Betriebsleiter, aber auch Gläubiger und Banken.

Je nach Antragsteller werden unterschiedliche individuell zugeschnittene Privatisierungsverfahren erarbeitet. Zur Verfügung stehen unterschiedliche Modelle. Das Unternehmen kann zunächst vollständig in Konkurs geführt werden, mit anschließendem Verkauf der Konkursmasse; die zweite Variante bildet der Verkauf des gesamten Unternehmens, und die dritte und bisher häufigste Variante ist die Umwandlung des Unternehmens in eine staatliche Aktiengesellschaft, deren Aktien an Bieter verkauft werden.

Alle diese Möglichkeiten sind gekoppelt an Vorschriften über den sozialen Schutz der Mitarbeiter. Je nach Privatisierungsart erhalten die Mitarbeiter einen bestimmten Teil des Unternehmenswertes als Coupons, Anteilscheine oder Vorzugsaktien.

Neben diesen grundlegenden Gesetzesvorschriften gibt es für einige Bereiche der Volkswirtschaft Spezialgesetze. Hierzu gehört vor allem die Wohnungswirtschaft, die nach einem speziellen Gesetz „Über die Privatisierung von Wohnraum“³ abgewickelt wird, und das Gesetz „Über die Bauernwirtschaften“⁴.

2. Reprivatisierung oder Entschädigung

Weder die Reprivatisierung noch irgendeine Entschädigung ist in den Rechtsakten zur Privatisierung vorgesehen. Diese Art der Vergangenheitsbewältigung wird vom Privatisierungsgesetz der RSFSR in Art. 2 Abs. 4 sogar ausdrücklich ausgeschlossen. Dies erscheint auch nicht verwunderlich, da zum einen die Periode staatlichen Eigentums an Grund und Boden in der Sowjetunion mehr als siebenzig und nicht nur knappe fünfzig Jahre, wie in den anderen osteuropäischen Staaten, gedauert hat. Die Verstaatlichung des Grund und Bodens war darüber hinaus auch viel umfassender und rigoroser als in den anderen Staaten, in denen Privatbesitz zumindest theoretisch möglich war.

Auch eine entsprechende Diskussion ist nicht ersichtlich. Zum einen wohl aus dem Grunde, die Privatisierung zügig durchzuführen und nicht unnötig durch die Suche alter Eigentümer zu erschweren, und zum anderen, da eine solche Diskussion einen ungeahnten sozialen Zündstoff enthalten würde, der die ohnehin schwierige Konsolidierung eines demokratischen Rechtsstaats gefährden könnte.

Ass. jur. Thomas BRENDL

³ VSND RSFSR Nr. 28/1991, Art. 963.

⁴ VSND RSFSR Nr. 267/1990, Art. 324; Nr. 1/1991, Art. 5.

Berichte und Beiträge

Chronik der Rechtsentwicklung in den osteuropäischen Staaten

(Stand: September 1992)

Abkürzungen

AO – Anordnung; AVO – Ausführungsverordnung; DVO – Durchführungsverordnung; MinR – Ministerrat; OG – Oberstes Gericht; VO – Verordnung.

Quellenabkürzungen

Albanien:

FZ – Fletorja Zyrtare (Gesetzblatt);

Bulgarien:

DV – Daržaven Vestnik (Staatszeitung, Gesetzblatt);

ČSFR:

Sb. – Sbírka zákonů (Gesetzblatt);

Jugoslawien:

Sl.l. – Službeni list (Gesetzblatt);

Kroatien:

N.n. – Narodne novine (Gesetzblatt);

Makedonien:

Sl.v. – Služben vesnik (Gesetzblatt);

Polen:

DzU – Dziennik Ustaw (Gesetzblatt); MP – Monitor Polski (Amtsblatt);

Rumänien:

M.Of. – Monitorul Oficial (Gesetzblatt);

Russische Föderation (RF):

BVS RF Bjułleten' Verchovnogo Suda (Bulletin des OG); SPP RF – Sobranie Postanovlenij Pravitel'stva (Sammlung der Beschlüsse der Regierung); VSND RF – Vedomosti S-ezda narodnych deputatov i Verchovnogo Soveta RF (Mitteilungsblatt des Kongresses der Volksdeputierten und des Obersten Sowjets);

Serbien:

Sl.g. – Službeni glasnik (Gesetzblatt);

Slowenien:

U.l. – Uradni list (Gesetzblatt);

Ungarn:

MK – Magyar Közlöny (Gesetzblatt).

Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Mitte September hat die Regierung der ČSFR dem Parlament den Entwurf eines *Verfassungsgesetzes zur Auflösung der ČSFR* in zwei selbständige Staaten vorgelegt. Vorgesehen sind danach vier Varianten: eine Deklaration des Parlaments, die durch ein Verfassungsgesetz bestätigt sein muß, oder ein Vertrag zwischen den Parlamenten der beiden Teilrepubliken, oder ein Referendum oder der Austritt einer der beiden Teilrepubliken aus der Föderation. Am wahrscheinlichsten ist zur Zeit die erste Variante. Die Befürworter eines Referendums werden sich voraussichtlich nicht durchsetzen können, da die am Auflösungsprozeß beteiligten politischen Kräfte befürchten müssen, daß sich die Meinungsumfragen bestätigen könnten, wonach sich das Volk gegen die Spaltung entscheiden könnte. Geht die ČSFR auf einem der vorgesehenen Wege unter,